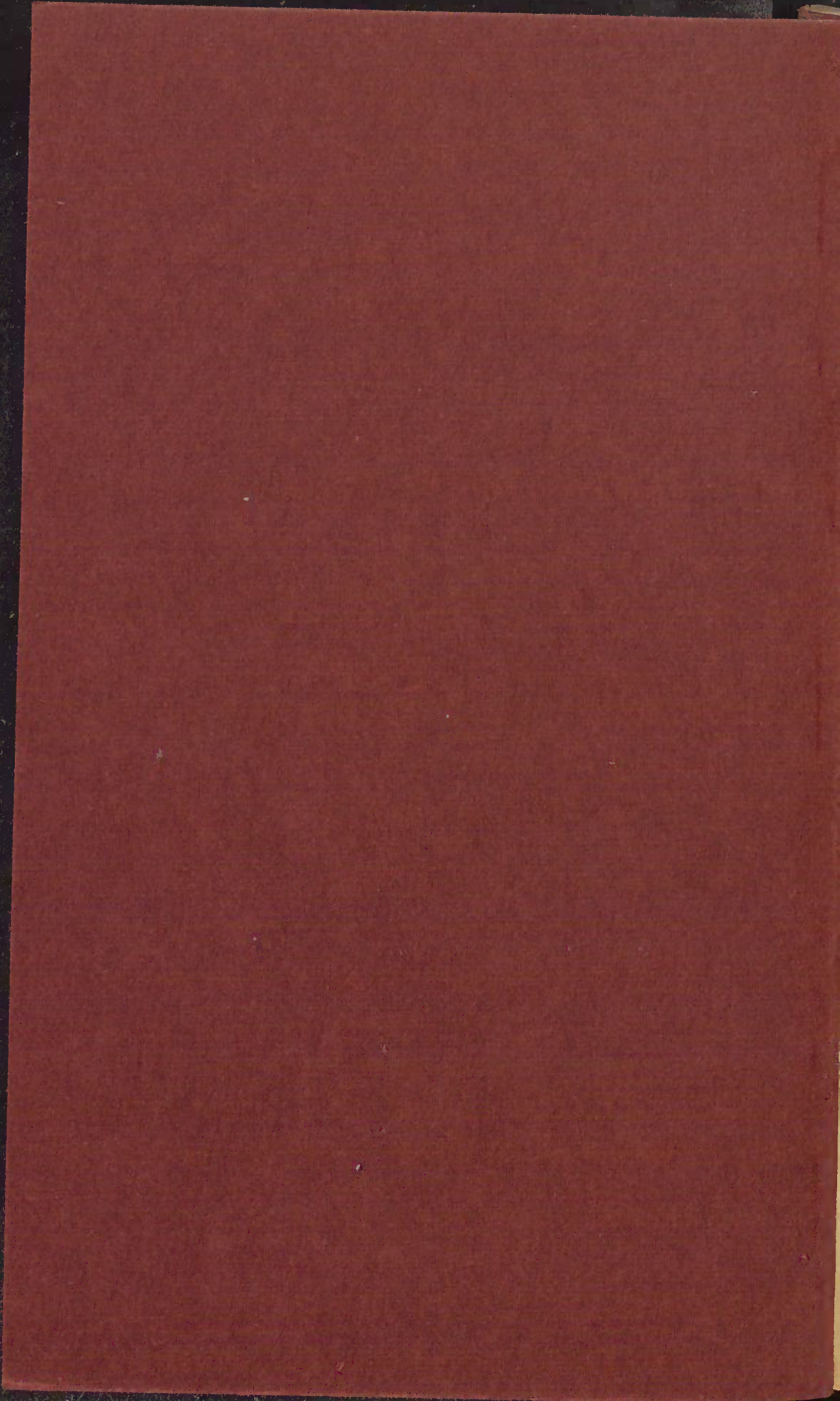


A 3894

Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel



Frei Land.

Die
Bodenbesitzreform

oder

Wie wird die Hauptquelle der Armut verstopft
und
das Volk von Steuern und Hypothekarschulden befreit?

Von

S. Schärz,
Armentaffier in Bern.



Bern.
Verlag von Schmid Franke & Co.
vormals J. Delp'sche Buchhandlung.
1890.

Im Verlag von Schmid, Franke & Co., vorm. J. Dalp'sche Buchh.
in Bern ist ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Volkswirtschaftslexikon der Schweiz

(Urproduktion, Handel, Industrie, Verkehr etc.).

Herausgegeben und redigirt

von

A. Furrer,

unter Mitwirkung

von

Fachkundigen in und außer der Bundesverwaltung.

I. II. Band. A — Schiedsgerichte
nebst einigen Ergänzungen.

Preis Fr. 40. —, geb. Fr. 47. —.

Das Werk geht seinem Schluß entgegen. Die restirenden 5 Lieferungen werden bis Mitte des Jahres 1890 in die Hände der Abonnenten gelangen. Der Werth desselben läßt sich daraus erkennen, daß die schweizerische statistische Gesellschaft das Protektorat über dasselbe übernommen, somit das bisher Geleistete in seiner Bedeutung für die Eidgenossenschaft voll anerkannt hat.

Für weniger Bemittelte ist der Bezug des Werkes erleichtert durch Ratenzahlungen, welche mit der betreffenden Buchhandlung vereinbart werden. Die Verlags-handlung liefert dasselbe gegen monatliche Zahlung von Fr. 5. —, wobei sie die bisher erschienenen zwei Bände dem Abonnenten schon jetzt vollständig liefert. Da bereits mehr als drei Viertel des Alphabets erschienen sind, so bieten diese schon jetzt in der Mehrzahl der Fälle dem Nachschlagenden die Möglichkeit, sich über die gesuchte Materie Auskunft zu holen.

Frei Land.

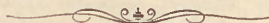
Die
Bodenbesitzreform

oder

Wie wird die Hauptquelle der Armut verstopft
und
das Volk von Steuern und Hypothekarschulden befreit?

Von

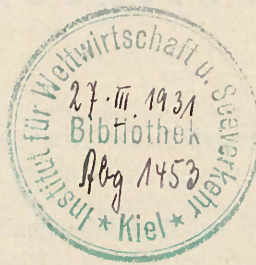
S. Schärz,
Armentaffier in Bern.



Bern.

Verlag von Schmid Franke & Co.
vormals J. Dalsp'sche Buchhandlung.
1890.

W



Geehrter Leser!

Nach längeren Beobachtungen und Erfahrungen von oft sehr betrübender Art, sowohl speziell im Armenwesen als im steten Verkehr mit der Landbevölkerung, hat sich mir die Ueberzeugung aufgedrängt, daß weder unsere offizielle noch die private Wohltätigkeit im Stande seien, der Verarmung des Volkes in ersprißlicher Weise vorzubeugen. Denn um dies zu erreichen, muß den Familien Hilfe, ohne daß diese den Charakter des Almosens an sich trägt, geleistet werden können, so daß der arbeitswillige, fleißige Mann sicher sein kann, der Armenpflege niemals bedürftig zu werden.

Um zu erklären, wie dies für jedermann begehrenswerte Ziel der Gesetzgebung verwirklicht werden könne, ist diese Schrift entstanden, nicht in der Meinung, damit etwas Neues vorzubringen, sondern mit der Absicht, diejenigen unserer Mitbürger, welche weder Zeit, Geld noch Lust haben, ganze Bände der bezüglichen Literatur zu studiren, in knappen Zügen mit den Beweggründen und Zielen der schweizerischen Gesellschaft für Bodenbesitzreform bekannt zu machen.

Wenn recht viele dadurch bewogen werden, die Werke der Herren Dr. Stamm in Wiesbaden, Henry George in Amerika und Michael Flürscheim in Baden-Baden, die in jeder Buchhandlung zu haben sind, aufmerksam zu lesen, so kann das in jeder Beziehung nur nützlich und gut sein.

Wenn aber durch die folgenden Ausführungen und durch eigenes Nachdenken eine große Zahl unserer Mitbürger sich bewogen fühlen sollte, sich der oben genannten Gesellschaft anzuschließen, sei es, daß sie eigene Sektionen in ihrer Gegend gründen oder sich den bestehenden in Basel, Bern und Zürich anschließen, um so vereint für

eine gründliche, materielle und dadurch bedingte geistige Besserstellung unseres Volkes zu wirken, so ist der Zweck dieser Arbeit erreicht.

I. Es großt das Volk.

Es ist weder angenehm noch sonstwie verlockend, der herrschenden Meinung in sozialpolitischen Dingen entgegenzutreten und den Bahn zu zerstören, als ob wir es so herrlich weit gebracht hätten in den letzten Jahrzehnten. Wer indessen einen schädlichen Irrtum als solchen anerkannt hat, wird sich als Christ und Mann verbunden fühlen, nun auch der Wahrheit die Ehre zu geben und, so viel an ihm, für allgemeine Anerkennung derselben zu wirken. Dieses um so mehr, wenn man überzeugt ist, daß durch jenen landläufigen Irrtum und die Verkennung der Wahrheit in diesen Dingen die übergroße Mehrzahl unseres Volkes immer mehr in Not und Elend versinken muß, statt seine körperlichen und geistigen Kräfte zu freiem, frohem Schaffen neu entfalten zu können.

Immer eindringlicher hört man Klagen über geringen Verdienst, arbeitslose Zeiten und über andauernde Krisis, welche den Handwerker und Arbeiter so bedrücken, daß er kaum mehr ein menschenwürdiges Dasein zu fristen vermöge. Gleichertweise lautet die Klage auf dem Lande dahin: „Mit dem Bauern ist es nichts mehr“. Hohe Zinsen, Steuern und Abgaben, dazu erdrückende Konkurrenz mit den billigen Produkten ferner Länder, wie soll man da sein Auskommen finden? Es kann tatsächlich nachgewiesen werden, daß in gewissen Gemeinden viel weniger Rindvieh und Schweine zc. geschlachtet, das heißt selbst konsumiert werden als noch vor dreißig Jahren, obwohl die Gesamtzahl dieser Tiere seither dort bedeutend zugenommen, die der Menschen sich ziemlich gleich geblieben ist.

Die charakteristischen Erscheinungen dieses allgemeinen Notstandes reichen so weit, als die europäische Zivilisation Eingang gefunden hat. Ueberall begegnen wir neben großem Ueberfluß an Gütern dieser Erde einer hochgradigen Entbehrung, Not und dumpfer Verzweiflung des arbeitens-

den Volkes. Die angeblichen Erleichterungen durch die Gesetzgebung haben sich nur zu oft schon als neue Ketten für die Bedrückten erwiesen. Soll man deswegen nun mutlos das Unheil immer größer werden lassen? Nein und tausendmal nein! sondern es ist Pflicht eines jeden Bürgers, demselben nach Kräften Einhalt zu tun.

Um jedoch mit Aussicht auf Erfolg in dieser Beziehung wirken zu können, muß man die Hauptursache dieses Uebels zu erkennen suchen, damit man die Wurzel desselben vor aller Augen bloßlegen und dann entfernen kann.

II. Die Grundursache warum das Volk großt.

Der Mensch hat das Recht und die Pflicht zu leben. Er kann aber nur seiner Bestimmung gemäß existiren, wenn ihm das nöthige Maß von Produkten dieser Erde zu theil wird. Vorausgesetzt, daß die Erde genug solcher Produkte hervorzubringen vermag — und sie tut es — um dem Bedürfnis aller Menschen nach solchen zu genügen, so ist klar, daß nur menschlicher Unverstand und Bosheit schuld sein kann, daß so viele Menschen inmitten des größten Ueberflusses dennoch an solchen Dingen Mangel leiden müssen. Wie ist das möglich?

Die große Masse des Volkes ist für den Lebenserwerb auf den Lohn angewiesen, den der Arbeitgeber ihm zu zahlen gewillt ist. Nun ist es eine feststehende Tatsache, daß da, wo der Wert des guten Bodens noch niedrig und die Güterproduktion noch gering ist, hohe Löhne bezahlt werden, was bekanntlich in vielen Staaten von Nordamerika noch der Fall ist. Das Land erhält aber sofort mehr Wert durch die vermehrte Ansammlung von Menschen, welche auf und von demselben leben müssen, während die menschliche Kraft und Arbeit im Werte fällt, weil sie leichter zu haben ist. Es bedarf wohl nicht viel der Worte, um zu erklären, warum dem also ist. Da, wo noch freies Land zu haben ist, wird man nicht um einen geringern Lohn arbeiten wollen, als die Arbeit auf eigenem Grund und Boden einträgt.

Wo hingegen die Naturvorteile, welche Grund und Boden gewähren, alle monopolisirt sind, das heißt bereits in Privatbesitz sich befinden, da kann der Lohn durch die Konkurrenz der Arbeiter so sehr herabgedrückt werden, daß sie kaum noch existiren können. Die Beispiele dazu lesen wir täglich in den Zeitungen und haben sie stets vor unseren Augen.

Das Land gewährt also immer, namentlich aber da, wo kein freies Land mehr zu haben ist, über den Arbeitslohn hinaus noch einen Ertrag, die sogenannte Grundrente. Dieser Nutzen über die darauf verwendete Arbeit hinaus wird nun dem Privatbesitzer einzig zu teil, welcher ihn direkt oder in Form von Hypothekenzins und Pachtzins bezieht. Je mehr einzelne Land haben und je mehr Menschen in einer Gegend sind, die keines haben, desto größer ist die Grundrente und desto kleiner gewöhnlich der Lohn für den Arbeiter.

So wie sich die Bevölkerung in einer Ortschaft vermehrt, verteuert sich das Land und erzielt als Baugrund hohe Preise. Diesen oft riesigen Gewinn steckt einzig der zufällige Grundbesitzer ein; er kann fortan herrlich und in Freuden leben, wachend oder schlafend; ohne die geringste Arbeit auf seinem Grund und Boden tun zu müssen, vermehrt sich bei steter Bevölkerungszunahme sein Reichthum ins Maßgraue.

Selbst die Erfindungen von menschliche Arbeit ersparenden Maschinen erhöhen schließlich nur wieder die Grundrente, ohne den Lohn zu steigern, so daß die Maschine bei der jetzt noch geltenden wirtschaftlichen Einrichtung den Arbeitern nicht zum Vorteil gereicht.

Da man nun aber die Fortschritte in den technischen Erfindungen nicht beschränken kann noch soll, so muß die ökonomische Lage des auf den Ertrag seiner Händearbeit angewiesenen Volkes immer mißlicher werden.

Wenn einmal zur Produktion von Gütern verhältnismäßig nur noch wenig Menschen mehr nötig sind, so werden alle Personen, welche nicht der Klasse der Grund-

besitzer oder Kapitalisten zugezählt werden können, genötigt sein, sich mehr oder weniger als Unterstützungsbedürftige von denselben erhalten zu lassen. Man wird sagen, das sei noch ferne! Die Auscheidung des Mittelstandes und die Verwandelung des Volkes in Reich und Arm macht in ganz Europa, speziell auch in der Schweiz, sich immer stärker fühlbar. Anzeichen sind mehr als genug, daß die zivilisierte Menschheit dem obigen Zustande entgeneilt. Daß durch die stetig wachsende Verschuldung des Grundbesitzes immer mehr Personen vom Bauernstande genötigt werden, sich dem Proletariat der Städte anzureihen, ist bekannt, und eine ebenso wahre Tatsache ist es, daß damit Hand in Hand die Armut, welche erhalten sein will, zunimmt, weil trotz der billigen Lebensmittel die Erwerbsbedingungen immer mehr erschwert werden.

In Zeiten der Arbeitslosigkeit und da, wo die Löhne so wie so auf das Existenzminimum herabgedrückt sind und der Arbeiter keinen freien Zutritt zum Lande, das ihn ernähren könnte, hat, ist derselbe trotz Arbeitslust und Arbeitskraft verurteilt, zu darben. Da, wo also mittelst der Maschine die produktive Kraft ihren Höhepunkt erreicht hat, ist es der einzelnen Familie oft unmöglich, sich ihre Lebensbedürfnisse zu verschaffen! Offenbar nur deshalb, weil ihr der Zutritt zu den Stoffen und Kräften der Natur versagt ist, während andere mehr davon besitzen, als sie notwendig haben oder gebrauchen können. Mit der Zunahme des mobilen Reichtums einzelner steigt auch der Landwert namentlich zu Zeiten eines momentan guten Geschäftsganges, wie es in den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts der Fall war. Wenn dann die hochgespannten Erwartungen sich nicht erfüllen, so beginnt die Krise. Sie ergreift zuerst Handel und Industrie, erst nachher die Landwerte. Das gestörte Gleichgewicht zwischen dem normalen und dem spekulativen Wert der Güter wird nach und nach wieder herbeigeführt durch billigere Produktion, Reduzierung des bisherigen Zinsfußes (von 5 auf $3\frac{1}{2}\%$) und auch des Lohnsatzes, wo es noch möglich ist. Es beginnt dann wieder eine neue Periode lebhafter merkantiler und gewerblicher Tätigkeit, die Bodenwerte steigen wieder,

weil das Kapital diese bis auf einen gewissen Grad absolut sichere Anlage gierig aussucht. Der Lohnsatz wird dagegen in den seltensten Fällen seine frühere Höhe wieder erlangen — siehe Uhrmacherei, Stickerie, Bauarbeiter —, sondern ein Schritt weiter zur totalen Verarmung unserer Volksmassen hat sich damit wieder vollzogen.

Unsere Ideen von der fortschreitenden Zivilisation wollen die Kraft der menschlichen Arbeit erhöhen, um der Menschheit mehr dienen zu können. Die Staatsmänner und Organe der politischen Parteien überbieten sich in den Versicherungen, die ökonomische und moralische Lage ihrer Mitbürger verbessern zu wollen, und trotzdem ist es nicht besser; es erschrecken jeden Menschenfreund die sozialen Erscheinungen in den Kulturstaaen der alten und der neuen Welt. Warum? Weil der Arbeiter die Vorteile der Zivilisation nicht einheimen kann, da die Uebel, welche mit dem privaten Grundbesitz eng verbunden sind, solches verhindern. Die immer größer werdende Teilung der Arbeit bringt es mit sich, daß der Arbeiter immer abhängiger wird und bei andauernder Arbeit kaum das zum Leben Notwendige erhält. Der Fluch, der über Adam ausgesprochen wurde, wird bereits als ein Segen betrachtet, als ob monotone zwölfstündige Arbeit an sich selbst schon ein unverdientes Glück wäre. Wie kann unter solchen Umständen ein richtiges Familienleben sich entwickeln, wo alle Bedingungen dazu fehlen?

Wenn die Produktionskraft steigt, so steigt auch die Grundrente, die Arbeit muß wieder mehr für die Erlaubnis zur Ausübung derselben bezahlen, ihr Anteil an den geschaffenen Gütern wird daher wieder geringer und damit die Kaufkraft des arbeitenden Volkes um ebensoviel reduziert. Diese Tatsachen erklären, warum die Erfindungen der Neuzeit zum Fluch der Arbeiter geworden sind, sie erklären die stets rascher wiederkehrenden Krisen der Industrie, sowie den erzwungenen Müßiggang großer Massen von Leuten, ohne die widersinnige Annahme, daß zu wenig Arbeit und zu viel Arbeiter vorhanden seien.

Sie erklären sogar das Laster und Elend, welches sich unter dichter Bevölkerung breit macht. Man schreibe deshalb nicht den Gesetzen unseres Gottes Mängel zu, die nur den kurzichtigen und selbstsüchtigen Anordnungen der Menschen ihr Dasein verdanken.

III. Die kleinen Hülfsmittel der Kurzichtigen, Schönfärber und Moralsprediger stauen nur den Strom, aber leiten ihn nicht ab.

In allen Ländern der zivilisirten Welt sehen wir aus dem privaten Grundbesitz die gleichen Wirkungen entstehen, seien erstere despotisch oder demokratisch regiert, huldigen sie dem Freihandel oder dem Schutzzoll, seien sie katholisch oder reformirt. Da, wo gutes Land noch billig ist und das Großkapital nicht schon alles in Beschlag genommen hat, kann der Arbeiter sich noch emporheben. In den Städten hingegen, wo jeder Fuß breit Land mit Gold belegt werden muß, um ihn zu erwerben, da sind auch die Extreme von Reichtum und Armut am größten.

Es wähnen noch viele, daß die monarchischen und despotischen Staatseinrichtungen am sozialen Elend die Hauptschuld seien. Da aber diese traurigen Erscheinungen auch in nominell republikanisch und freiheitlich regierten Ländern zu finden sind, so beruht diese Annahme offenbar auf Irrtum. Ein besseres Steuersystem und verminderte Steueransätze können verhindern, daß der Mittelstand weniger rasch verschwindet. Die Aufhebung von Konsumsteuern, wie Ohmgeld, Oktroi, Salz, hoher Zölle auf Petroleum und Getreide u. bringen den Arbeitern wohl einige Erleichterung, werden aber immer bald wieder durch das Steigen der Grundrente und die Zinspflicht eskamotirt. Eine dunkle Ahnung davon dämmert im Bewußtsein der Volksmassen. Deshalb begegnet man einer so großen Gleichgültigkeit der unbemittelten Klassen gegenüber notorischen Unredlichkeiten, Verschwendung und unlautern Machinationen mit öffentlichem Geld und Gut durch die Regierungs- und Gemeindebehörden, weil man nicht sieht, sondern andere beraubt sieht.

Es besteht ferner noch vielfach der Glaube, daß die Armen ihr Elend selbst verschulden durch Mangel an Fleiß, Wissen und Sparsamkeit. Es ist nun begreiflich, daß wer seine günstige ökonomische Stellung diesem Trio zu verdanken hat, gerne gewillt ist, dem Mangel dieser Tugenden die Armut anderer zuzuschreiben, obschon nicht selten größere Gewissenlosigkeit es ermöglicht, daß ein Reicher nicht ein weitland armer Teufel geblieben ist.

Schreibt doch selbst der bei den Anhängern der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ordnung gut angeschriebene P. Leroy-Beaulieu in einem zu Paris 1888 herausgegebenen Werk folgendes: „Der Staat, der die gewöhnliche Prellerei und den gemeinen Diebstahl schwer bestraft, ehrt dagegen die großen Ausbeuter der Gesellschaft und überschüttet sie mit Ehrenbezeugungen. Die Korruption der anonymen Gesellschaften ist heutzutage die hauptsächlichste, ja fast die einzige Ursache der großen Vermögen.“ Deshalb wohl machen die wohlfeilen Ermahnungen der Begüterten durchschnittlich so wenig Eindruck auf die Bedrängten und Notleidenden, weil sie sehen, daß sehr oft Arbeit und solider Lebenswandel nicht vor Not und Elend zu schützen vermag.

Man werde sich doch einmal klar, daß Vermehrung der Schuldenkenntnisse, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit dem einzelnen nur soweit einen Vorsprung verschaffen können, als dieselben bei seinen Arbeitsgenossen nicht ebenfalls in gleichem Maße vorhanden sind, sonst heißt es wieder noch mehr arbeiten, noch mehr sparen, bis man schließlich auf dem Niveau der Lebenshaltung der Chinesen und Hindu angekommen ist. Von der unsittlichen und ekelhaften Lebensart der chinesischen Kulis weiß jeder Zeitungsleser mehr als genug. Von den Hindu erzählt uns Hr. Direktor Rüggenbach in einem Büchlein sehr anschaulich, daß ein solcher Arbeiter einen ganzen Monat für 12 bis 15 Fr. zu haben sei. Ihre Hauptkost besteht eben aus billigem Reis, Kleider werden als ziemlich überflüssig angesehen, ebenso ist die Ausgabe für Logis und Wäsche annähernd auf Null reduziert. Das läßt tief blicken. Die Eigenschaften, welche den Menschen über das Tier erheben,

können sich nicht gehörig entwickeln, so lange er alle Zeit für Befriedigung seiner leiblichen Bedürfnisse verwenden muß. Wer bei den Armen die Tugenden der „besseren Stände“ heimisch finden will, der muß dieselben zuerst aus krasser Not befreien, denn im Sumpf gedeiht kein Edelweiß. Die Arbeiter selbst können wohl zeitweise durch festes Zusammenhalten und kluge Ausnutzung der Verhältnisse hin und wieder bessere Löhne erzwingen, aber selten auf die Dauer und wohl noch niemals für die gesamte Arbeiterschaft eines Landes. Ebenso wenig können Konsumvereine, Produktivgenossenschaften, Viehzuchtgenossenschaften u. dgl. eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes herbeiführen, denn sobald sie eine allgemeine Institution geworden, wird der dadurch erzielbare Nutzen von der Grundrente und dem Kapitalzins absorbiert, man ist wieder in den Stand gesetzt, etwas mehr bezahlen zu können, um seine Arbeit ausüben zu dürfen, sei es als Gewerbetreibender, Pächter oder schuldenbelasteter Grundeigentümer.

Es ergibt sich also als feststehendes, durch die Tatsachen erhärtetes Resultat dieser Ausführungen, daß alle die so oft angepriesenen Heilmittel die Masse des Volkes nicht vor Verarmung zu schützen vermögen. Da nach „Herzka“ zur freien Entwicklung des Menschen Eigentum notwendig ist, so muß eine gesellschaftliche Wirtschaftsordnung als falsch bezeichnet werden, in der neun Zehntel der Menschen kein nennenswertes Eigentum haben. Die freie Entfaltung der körperlichen und geistigen Kräfte der Besitzlosen ist durchschnittlich verhindert, denn Hunger und Blöße erzeugen die Sklavenpeitsche mehr als genug.

IV. Dem freien Volk das freie Land und das Grosse verwandelt sich in Jauchzen.

Wenn die Uebel beseitigt werden sollen, so muß deren Ursache entfernt werden. Das römische Recht mit seinem Gehalt des unbeschränkten Privateigentums am Erdboden hat die früher feudale und jetzt kapitalistische Völkernichtung

größtenteils bewirkt. Wie schon das absolute Recht des römischen Vaters über Leben oder Tod seiner Kinder der christlich humanen Rechtsanschauung hat weichen müssen, so muß auch dieser echte römische Rechtsgrundsatz dem bessern natürlichen Recht jedes Menschen auf gleichen Anspruch am Erdboden mit seinen Volksgenossen weichen, soll nicht wie schon die gewaltige römische Macht nun auch die ganze moderne Zivilisation daran in Nacht und Graus zu Grunde gehen.

Grund und Boden muß daher wieder Gemeingut werden in dem Sinne, daß die volle Grundrente dem Staat und der Gemeinde vindiziert wird.

Unsere gewöhnliche Lehre von Privatbesitz unterscheidet gewöhnlich zu wenig zwischen Erzeugnis der Arbeit und den freien Gaben der Natur oder zwischen Gütern und Grund und Boden. Dieser Unterschied ist überall leicht zu konstatieren. Ein Haus samt Grund und Boden wird auch bei uns besonders eingeschätzt, das Haus ist von Menschen gemacht, Grund und Boden ist vom Schöpfer uns geschenkt. Die Rechtmäßigkeit des persönlichen Eigentums an den Erzeugnissen eigener Arbeit beweist also die Unrechtmäßigkeit des persönlichen Grundbesitzes. Jeder Mensch hat vom Schöpfer ebensoviel Recht auf den Gebrauch des Landes als auf die Luft erhalten, denn beides ist ihm gleich notwendig. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus läßt sich daher die Einrichtung des absoluten privaten Grundeigentums nicht rechtfertigen. Das gleiche Recht eines jeden Menschen an dem Grund und Boden seines Landes ist denn auch so klar, daß es stets anerkannt wird, wo Macht und Gewohnheit diesen Rechtsbegriff nicht erstickt haben. Die Neuseeländer zum Beispiel wollten kein Land verkaufen, ohne daß für jedes neugeborene Kind wieder eine Zahlung geleistet werde. Die dauernde private Aneignung des Landes durch einzelne, während doch alle Menschen davon leben müssen, erzeugt nachweisbar alle die Ungerechtigkeiten, welche der modernen Entwicklung überall anhaften, die selbst den fleißigen Arbeiter zur Armut verdammt und den Müßiggänger im Luxus schwelgen läßt und welche uns neben neuen Schulen stets auch

neue Gefängnisse aufzwingt. Armut, Laster und Elend folgen der Bevölkerungszunahme und dem industriellen Fortschritt nur deshalb, weil einzelne die Naturvorteile, welche Grund und Boden gewähren, nur für sich in Anspruch nehmen, während dieselben für alle Menschen bestimmt sind.

Aus Gründen der Gerechtigkeit, der Moral und der Volkswohlfaht wird daher die Aufhebung dieser Ungerechtigkeit verlangt. Dem einzelnen soll auch ferner der volle Nutzen seiner auf das Land verwendeten Arbeit zukommen, aber mehr nicht. Nicht nur die natürliche Fruchtbarkeit, sondern mehr noch die Lage eines Grundstücks macht den Wert desselben aus. Die Grundrente zeigt daher genau den Betrag an, welchen der einzelne der Gemeindegemeinschaft zu bezahlen hätte, um dem gleichen Recht aller Gemeindegemeinschaften am Grund und Boden der Gemeinde zu genügen. Wenn man daher den ungestörten Gebrauch des Landes dem, der ihn bereits benutzt, zugesteht gegen Entrichtung der vollen Grundrente, so ist damit alle Garantie gegeben, daß die Verbesserungen des Landes dem Benutzer desselben voll und ganz zu teil werden. Es ist wohl jedermann einleuchtend, daß der verschuldete Grundbesitzer bei Bezahlung einer billigen Grundrente an die Gemeinde sich viel besser befinden wird als dato, zumal damit auch die übrigen Staats- und Gemeindesteuern in Wegfall kommen würden und er nicht mehr in Angst und Sorgen schweben muß, wegen Rückzahlung einer Hypothek weiter wandern zu müssen. Indem die Gemeinde die Grundrente bezieht, muß sie folgerichtig dem Kapital die Anlage auf Grund und Boden entziehen, es muß sich einzig der Arbeit zur Verfügung stellen, aus der es auch entstanden ist. Damit ist die Macht und Gefährlichkeit des Kapitals gebrochen, denn nur weil es durch Anlage auf Grund und Boden sich sichere Grundrente erwerben kann, fordert es auch Zins und zwar höhern Zins, wenn es dem Handel und der Industrie dienen soll. Da das Unrecht des Privatgrundbesizes und die Schädlichkeit desselben für das Gemein-

Flur

wohl nachgewiesen wird, so ist kein Grund vorhanden, die vorgeschlagene Maßregel nicht durchzuführen zu wollen. Oder etwa deshalb nicht, weil das Unrecht teilweise Jahrhunderte lang schon bestanden hat? Wer bisher benachteiligt wurde, soll doch nicht deshalb auch ferner benachteiligt werden.

Nach dem Spruch: „Sei im Besitz und du wohnst im Recht“ wird zwar die Mehrzahl der oberflächlich urteilenden Menschen ein System, das lange bestanden hat, als natürlich und recht oder doch als notwendiges Uebel anerkennen. So war es überall mit der bestandenen Sklaverei und Leibeigenschaft, so auch mit dem Regententum von „Gottes Gnaden“ bestellt. Die historische Forschung (man lese z. B. das „U r e i g e n t u m“ betitelte Buch von Hrn. Professor Labeche) belehrt uns aber, daß ursprünglich überall das gemeinsame Recht aller am Grund und Boden anerkannt war. Die sprechendsten Beweise davon sind die noch bestehenden gemeinsamen Besitzungen von Land, Wald und Weiden, welche uralten schweizerischen Gemeinwesen angehören. Alles war Gemeindeeigentum, der einzelne hatte nur wenig extra für sich eingezäunt, jeder trieb so viel Vieh, als er hatte, auf die Weide. Ein Beweis, daß damals der eine ziemlich gleich viel besaß, wie der andere. Mit der zunehmenden Vermögensdifferenz der Gemeindeglieder vermehrte sich so auch die Ungleichheit des Bezuges der Nutzung vom gemeinsamen Gut. Die Aufteilung des gemeinsamen Landes nach Anzahl des aufgetriebenen Viehes und des Waldes nach der Zahl der Gebäude legen Zeugnis ab dafür, „daß wer da hatte, dem ward gegeben, daß er die Fülle habe, und wer nichts hatte, dem ward genommen, das er hatte“. Es nützt jedoch dem Gemeinwesen nichts, wenn der Reichtum einzelner steigt, das Vermögen der übrigen Gemeindeglieder dagegen rapid abnimmt und der Arme schließlich nichts mehr hat auf der Erde als die Landstraße und die großen Exerzierplätze, wo er sich auf den Krieg vorbereiten soll. Sobald man wieder alle an der Grundrente ihres Landes teilhaftig werden läßt, so können die unzähligen wohltätigen Anstalten um vieles reduziert

werden. Es ist ein Unsinn, wenn einzelne in Städten und fremden Ländern unermessliche Ländereien sich tributpflichtig machen können, so daß wenige Pächter und Schuldenbauern um mageren Lohn sich abquälen müssen, während Tausende von Menschen durch deren Bearbeitung ein menschenwürdiges Dasein sich bereiten könnten, die nun durch Hunger und sittliches Elend zu Grunde gehen. Die gänzliche Armut macht lahm für alles Gute, erst muß der Mensch zu essen haben, dann kann man ihn in die Lehre nehmen. Die Gesetze können den Grund legen zu großen sozialen Uebelständen, so auch durch Beeinflussung in der Verteilung der materiellen Güter an den einzelnen. Es kann statistisch nachgewiesen werden, daß der Anteil der Arbeit am Totaleinkommen eines Landes in den letzten Jahrzehnten bedeutend vermindert worden ist. In England betrug dieser Anteil 1867 noch 40 Prozent, 1887 nur noch 19 Prozent vom Ertrag der Produktion. Diese 19 Prozent sollen genügen für den Lebensunterhalt von 94 Prozent der Bevölkerung, während 6 Prozent der Bevölkerung 81 Prozent des Einkommens erhalten. Die staatlichen Einnahmen und Einrichtungen haben ersichtlich auch nicht annähernd Schritt gehalten mit der totalen Umgestaltung der Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse unserer Zeit, um dem arbeitenden Volk den gerechten Anteil am Arbeitsertrag zu sichern. Wie könnte man sonst von der leidenden und nicht rentirenden Landwirtschaft sprechen, während die Produktion auch in unserm Lande gegen früher fabelhaft gesteigert worden ist? Hat sich doch nur der Viehstand im Kanton Bern, nach Rindvieheinheit gerechnet, vom Jahre 1819 bis 1847 um 22,195 Stück oder 9,7 % und von 1847 bis 1886 um 89,609 Stück oder 35,6 % vermehrt. Es können also auf einem Quadratkilometer Kulturland 20 Stücke Vieh mehr ihre Nahrung finden als zu Anfang dieses Jahrhunderts. Sollte man nun nicht annehmen dürfen, daß dem entsprechend auch der Bauernstand floriren müsse? Dem ist leider nicht also. Der Durchschnittswert des Viehstandes eines Besitzers von solchem im Kanton Bern betrug 1859 965 Fr., 1866 1030 Fr., 1886 1615 Fr.

Der Wert, den ein Viehbesitzer davon auf sich vereinigte, hatte sich beinahe verdoppelt. Dagegen kamen Viehbesitzer 1859 1 auf 7,77 Einwohner, 1866 1 auf 8,6 und 1886 1 auf 10,8 Einwohner.

Viel mehr Vieh, aber verhältnismäßig viel weniger Besitzer von Vieh. Das Bedeutsame daran ist ferner, daß es die Besitzer von wenigen Stücken Vieh sind, welche abgenommen haben, so namentlich auch im Kanton Zürich, wo von 1866 bis 1886 die Zahl der Viehbesitzer um 1138 abgenommen hat, von 1876 bis 1886 einzig um 800. Das Bild der leidenden Landwirtschaft will uns deshalb vorkommen, wie jener Müller, welcher einen starken Esel besaß; da sein Geschäft florirte, so legte er demselben immer mehr auf, bis er abmagerte und zusammenbrach. Der Esel hätte von der Freude leben sollen, daß sein Herr so viel mit ihm verdienen könne. Es ist jedem Landwirt längst bekannt, daß selbst gute Erntejahre ihm selten den erhofften Gewinn bringen, wenn er seine Produkte in Geld umsetzen muß. Die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse bringt es mit sich, daß der Preis seiner Produkte nicht mehr die früher gewohnte Höhe erreicht. Für die besseren und nahrhafteren derselben findet er im Inland wegen mangelnder Kaufkraft des Volkes wenig Absatz, man nährt sich mit den billigeren Produkten des Auslandes. Daher zeigt sich mit dem momentanen Sinken der Güterpreise eine stetige Vermehrung der Bodenverschuldung, was einem vermehrten Tribut in Form von Hypothekenzins gleichkommt. Die bisher erfolgte Herabsetzung des bezüglichen Zinsfußes wird mehr als aufgewogen durch Vermehrung der Hypothekarschulden. Wir kommen hier zu folgendem Ergebnis: Einerseits erhalten wir von unserm Land viel mehr Produkte, viel mehr Lebensmittel als früher, um damit mehr Menschen sättigen und erfreuen zu können; anderseits finden weniger Personen durch die Landwirtschaft ihr Auskommen, daher vermehrter Zudrang in die Fabriken, gewerblichen Ortschaften und Städte und stetsfort große Auswanderungszüge nach dem fernen Westen. Warum das also? Weil wenige uns oft fremde Banken und Geldprozen den Nutzen

und das Mark des Landes für sich vorweg in Anspruch nehmen können für eine einmalige Leistung, die durch Zins und Zinsezins oft bereits mannigfach zurückbezahlt worden ist.* Es ist wohl selbstverständlich, daß mit dem Zeitpunkt, wo die Bauernsamen das auch ihre Existenz untergrabende Unrecht des Privatgrundbesitzes einsieht, es mit der Hoffnung vorbei ist, dieselbe ferner als Stütze verwenden zu können gegen alle Bestrebungen für ökonomische Unabhängigkeit und dauernde Besserstellung des arbeitenden Volkes.

Das gemeinsame Recht aller am Grund und Boden einer Gemeinde findet sich übrigens nicht nur bei uns in der Schweiz vor, sondern mehr oder weniger auch in Indien, Rußland, auf Java, Neuseeland, Afrika, Serbien, Bosnien und der Herzegowina. Auch in Süddeutschland gibt es noch Gemeinden, wie Langenselbold im Kreise Hanau, Lauterbach und Bernersbach im Großherzogtum Baden und Klingenburg in Bayern und andere, welche seinerzeit nicht alles Land verteilt haben und dessen Wertvermehrung nun allen zu gute kommt, indem sie nicht nur keine Steuern direkt zu bezahlen haben, sondern an den einzelnen Bürger noch Nutzen verteilen können. Eine Menge von Servituten auf ganzen Ländereien lassen noch jetzt das frühere Recht aller Gemeindegengenossen am Grund und Boden erkennen. Bei dem ausschließlichen Recht der Gemeinde auf ihren Grund und Boden konnte und kann ein noch so lieberlicher Vater seinen Kindern ihr Erbteil daran nicht vergeuden, ihr natürliches Recht darauf ist unter allen Umständen gesichert. Uebrigens ist wohl zu beachten, daß früher einzig auf dem Grundbesitz alle öffentlichen Abgaben lasteten und mit Recht, denn nur die Bevölkerung eines Landes verleiht dem Grundbesitz

* Vergleichungsweise sei hier Irland erwähnt, welches 1841 noch acht Millionen Einwohner hatte und heute nur noch fünf Millionen, dessen Ernte-Ertrag seit jener Zeit sich um 50 % vermehrt hat und dennoch dort immer mehr Armut und Not unter der Bevölkerung herrscht, weil eine immer höhere Grundrente an die außer Landes lebenden Rentiers abgegeben werden mußte. Jetzt geht der Ernte-Ertrag und die Grundrente zurück, weil die Pächter ausgesogen und bezimirt worden sind.

den stetig steigenden Mehrwert, welchen bei Privatbesitz gleichwohl nur einige wenige für sich einsacken können.

Man gehe nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, da weist uns Hr. George treffend nach, daß, weil das fruchtbare und noch freie Land so ziemlich bald alles angeeignet sei, sich nun auch die gleichen Nachteile wie in Europa zeigen. So lange noch jede Familie genug freies Land haben konnte, das sie zu nähren im stande war, gab es keine Armen, keine Bettler. Die besten neuen Erfindungen, Schulen, politische Freiheit, das alles zusammen hindert nicht, daß die Masse des Volkes ebenfalls, wie bei uns, in immer härterm Kampf ihr tägliches Brot suchen muß, obwohl dasselbe im Ueberfluß vorhanden und produziert wird. Die sozialen Gegensätze werden auch da immer schärfer, nur ist es viel leichter, die Ursache davon dort allem Volk nachzuweisen, weil die heillosen Folgen der unbefchränkten privaten Besitznahme von Grund und Boden vor den Augen der gegenwärtig noch lebenden Generation sich ausgebildet haben. Der erhöhte Kaufswert des Landes bringt höhere Pachtzinsen und geringere Arbeitslöhne. Je mehr Landgüter in einer Gegend, die nicht von ihren Besitzern bewohnt und bebaut werden, desto mehr hat es bedrückte Pächter und desto mehr nimmt die Armut zu.

So lange daher nicht das gleiche Recht aller am Grund und Boden anerkannt wird, so lange wird der so gerühmte materielle und geistige Fortschritt und die Erfindungen unserer Zeit nur dazu dienen, den schon Mächtigen und Reichen noch zu stärken, die Masse des Volkes aber immer ärmer, immer elender zu machen.

V. Das freie Land gewährt allem Volk größern Nutzen.

Es ist eine große Täuschung, zu behaupten, eine gehörrige Benutzung des Bodens sei nur bei Privatbesitz desselben möglich, und es heiße, Zivilisation an Barbarei tauschen, denselben aufheben zu wollen. Dr. Karl Diehl,

Waller, Rablukoff, Leroy-Beaulieu und einige andere politische und nationalökonomische Schriftsteller sind bewußt oder unbewußt in diesem Wahn befangen und Korrespondenten unserer schweizerischen Zeitungen beten es ihnen als Zaubersprüchlein getreulich nach. Ihre Gründe sind ziemlich gleichwertig mit denjenigen jener Theologen, welche die Sklaverei, die Leibeigenschaft und die Hyenprozesse verteidigten als christliche Lehre. Um die gute Benutzung des Bodens zu erzielen, ist nichts notwendig, als die Sicherstellung der darauf verwendeten Verbesserungen und Arbeiten für den Bearbeiter. Was ist nun aber alltäglicher, als daß Grundstücke verbessert werden von Leuten, die nicht Eigentümer derselben sind. Wie viel Land ist bei uns fortwährend verpachtet und seit Menschengedenken nie vom Eigentümer direkt benutzt worden. Man exemplifizirt etwa auch mit dem gemeinsam benutzten burgerlichen Pflanzland in den Gebirgskantonen der Schweiz, und bedenkt nicht, daß nur die Nutzungsreglemente schuld sind, wenn an solchen Orten Raubwirtschaft getrieben wird. Nehmen wir in dieser Hinsicht die Stadt Bern als Beispiel. Die Burgerschaft dieser Stadt besitzt von alters her Wald, Feld und Alpen im Werte von Millionen Franken. Das alles ist durchgehends sehr gut bewirtschaftet, wenn auch seit Olms Zeiten Feld und Alpen verpachtet sind. Die Grundrente davon ist nur seit hundert Jahren mannigfach gesteigert worden, aber die g e s a m t e Burgerschaft zieht den Nutzen davon.

Diesjenigen Kritiker der Bodenbesitzreformidee, welche stetsfort behaupten, Pacht sei für unsere ländlichen Verhältnisse gleichbedeutend mit Ruin der schweizerischen Landwirtschaft, wollen wir hiemit noch hinweisen auf die kleine, aber lehrreiche Broschüre „Kauf oder Pacht“ von Hrn. Dr. Platter, Professor am Polytechnikum in Zürich.

Er führt aus, daß Grund und Boden zwar nicht vom Menschen gemacht, gleichwohl nicht umsonst zu haben sei, doch wohl nur deshalb, weil derselbe ein Einkommen gewähre, das nicht Arbeitslohn und nicht Entgelt für das Betriebskapital sei; das sei eben die Grundrente. Der Käufer von Grund und Boden, der das Geld dazu borge,

erwerbe wohl Grundrente, aber zahle sie als Hypothekenzins seinem Gläubiger, und noch von seinem Arbeitslohn und den Zins von seinem eigenen dabei beteiligten Kapital dazu. Hat er durch die Anzahlung zugleich noch sein Betriebskapital geschwächt, wie dies ja meist der Fall ist, so wird der Ertrag des Landes dadurch beeinträchtigt. Hr. Dr. Platter weist denn auch überzeugend nach, daß, wer nicht bar bezahlen kann, gewöhnlich besser tut, nicht Land zu kaufen, sondern zu pachten; denn die Hypothekarschuld sollte, wie fast allgemein anerkannt wird, gar nicht vorkommen. Sie sei der Ruin des Landwirtes und der Landwirtschaft. Landeigentum als Kapitalanlage eigne sich für reiche Leute, denn Kapitalanlagen mache man nicht mit Kredit. Pacht sei also die richtige Form des landwirtschaftlichen Betriebes, sofern man von rein wirtschaftlichen Erwägungen ausgeht. Das so viel gerühmte Glück der „eigenen Scholle“ wird oft zur Hölle, denn sie gehört dem Hypothekgläubiger. Wo die Landwirte zumeist auch Grundeigentümer sind, haben wir allgemeine Hypothekarverschuldung, das heißt Sklaverei der Bauern unter der Herrschaft des Geldkapitals.

Nach Meizen, Rußland und anderen hat denn auch der größte landwirtschaftliche Kulturfortschritt gerade auf verpachteten Ländereien stattgefunden. England legt dafür vollgültiges Zeugnis ab, denn dort ist Pacht seit Jahrhunderten Regel des landwirtschaftlichen Betriebes und doch nimmt England mit Bezug auf die Höhe des Ertrages von Kulturland den ersten Rang unter allen Ländern ein. Es werden dort sogar die schönsten Häuser auf Mietboden erstellt, welche nach hundert Jahren frank und frei in gutem Zustand erhalten an den Grundeigentümer zurückfallen. Gleichwohl oder gerade deshalb wohnt man in London billiger als in andern Hauptstädten Europas.*

Hr. v. Hellendorf, selbst ein Großgrundbesitzer, bezeichnet

* Die Wohnungskosten eines Arbeiters betragen in London ein Zehntel bis ein Achtel seines Arbeitslohnes, in Berlin ein Fünftel bis ein Viertel, in Paris ein Viertel, in Wien ein Viertel bis ein Drittel, in Bern ein Viertel bis ein Fünftel. Der Baugrund, nicht der Bauohn macht die Häuser und die Miete teuer.

es in seinen Schriften als eine offenkundige Tatsache, daß man auch in Deutschland die Fortschritte der Landwirtschaft wesentlich den Pächtern zu verdanken habe und zwar nicht o b g l e i c h, sondern weil sie Pächter waren, sagt er. Der Pacht gehört demnach die Zukunft und da ist es wohl außer Frage, daß der Staat und die Gemeinde die allgemeinen Interessen besser wahrnehmen werden als die Rentiers. Wenn also die Grundrente der Gemeinde statt einem Privaten oder einer Bank zukäme, so würde das Land w e n i g s t e n s so gut bebaut als jetzt. Wie oft hört man Landleute klagen: wir wüßten wohl, was zu tun wäre, um unser Land ertragreicher zu machen, aber es fehlt uns das Geld dazu, wir bringen kaum mehr den Zins auf. Diese Klage der Bauern würde nach Annahme der Bodenbesitzreform verstummen, weil das Ankaufskapital nun in seinen Händen bliebe und er damit im stande wäre, rationelle Landwirtschaft und Viehzucht treiben zu können.

Die Menschen säen, um zu ernten, sie bauen, um Häuser zu haben; wenn sie also nur sicher sind, daß die Ernte und die Gebäulichkeiten ihnen bleiben, so darf Grund und Boden schon Gemeingut aller sein, es wird deswegen nicht weniger gesät und nicht weniger gebaut werden, wohl aber viel mehr und viel besser, denn die Grundrente kommt dann der Gemeinde, also allen zu gut und nicht, wie jetzt meistens, wildfremden Privaten und Börsenmännern. Die Eisenbahnen und Dampfschiffe zum Beispiel sind ebenfalls oft Eigentum vieler tausend Anteilhaber (Aktionäre) und werden dennoch intensiv und ertragreich betrieben. Gleichwohl tritt ohne Frage in solchen Dingen mit mehr Nutzen für das Allgemeine der Staat oder die Gemeinde an den Platz der Aktiengesellschaft. Die Rendite, welche eine Sache gewährt, die wir alle benutzen müssen, soll allen und nicht einzelnen zu gut kommen. Auf der Erkenntnis dieser Wahrheit beruht die Popularität aller dazu tauglichen Staats- und Gemeindemonopole.

Viel Land wird zudem gegenwärtig einem bessern Anbau entzogen, weil der Eigentümer es nicht besser ver-

steht oder es ihm so beliebt, und niemand kann ihn zu besserer Benutzung anhalten. In jeder anwachsenden Stadt findet man zum Beispiel Grundstücke, die, weil zu hoch im Preise gehalten, nicht zur rechten Zeit überbaut werden konnten. Der private Grundbesitz ermöglicht den Bodenzuwachs und diese Baugrundspekulation einzig ist schuld an den elenden, Leib und Seele mordenden Wohnungsverhältnissen in unseren Städten.

Sofern es demnach auf die beste Verwendung von Grund und Boden ankommen soll, so ist auch damit der Privatgrundbesitz als Unrecht und schädlich nachgewiesen und verurteilt.

VI. Das freie Land befreit das Volk von Steuern.

Es ist bekannt, daß in den von Industrie und Verkehr begünstigten Ortschaften sich viel besitzloses Volk sammelt, das in jeder Beziehung die öffentlichen Lasten einer Gemeinde bedeutend vergrößert, ohne dem entsprechend an die Steuern beitragen zu können. Diese Bevölkerung verleiht indessen dem Grundbesitz sofort erhöhten Wert, der von den Grundbesitzern realisiert und eingestakt wird. Das Kapital belehnt nun den erhöhten Wert sehr rasch bis zur Erschöpfung desselben, der Renten- oder Zinsbezügler liebt es aber, seinen Wohnsitz anderswo zu nehmen; so werden viele Gemeinwesen mit meistens verschuldetem Grundbesitz in hohem Maße geschädigt und können ihren Verpflichtungen bald gar nicht mehr genügen. Außer sich bei Zürich und andere Ortschaften beweisen das zur Genüge. Wir kommen damit auf das fatale Kapitel, die Steuern, zu besprechen. Die Steuern auf Arbeitserzeugnisse, auf Handel und Verkehr sind, vom national-ökonomischen Standpunkt aus betrachtet, samt und sonders verwerflich, weil sie die Güterproduktion hemmen und denjenigen extra belasten, welcher arbeitet, während sie denjenigen sehr oft nicht trifft, welcher dem Müßiggang und dem Laster sich hingibt. Die Erträgnisse von

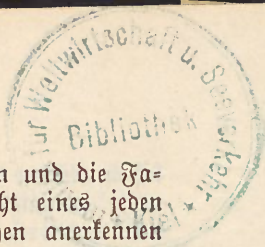
*Wiley-
Lehrbuch*

Monopolen, welchen alle mehr oder weniger unterworfen sind, können einzig als gerechtfertigt gelten. Es sind dies zum Beispiel die Eisenbahnen, Dampfschiffahrtsgesellschaften auf unseren Seen, die Banknotenausgabe, das Versicherungswesen u. Das Monopol für Posten, Telegraph, Telephon, Alkohol, Salz, Pulver und anderes haben wir ja schon und würden es nicht hergeben. Das wichtigste und größte Monopol ist indessen unstreitig das Monopol an Grund und Boden. Da ohne denselben kein Mensch leben kann, so sind alle, welche nicht direkte oder indirekte Grundbesitzer sind, denselben tributär. Auf den Wert des Bodens gelegte Steuern hindern die Produktion nicht, sondern fördern dieselbe. Denn es würde nicht viele geben, welche ihren Boden der im Moment einträglichsten Benutzung entziehen würden, wenn sie annähernd den vollen Bodenwert jetzt und in Zukunft stets versteuern müßten.

Wir haben bereits gesehen, daß die unsinnige spekulative Steigerung der Grundstücke sehr oft die freie Erwerbstätigkeit hemmt und Handelskrisen verursacht, die mehr Schaden und Leiden der Menschheit zufügen, als mancher Krieg es getan. Da der Boden nicht eine Schöpfung dessen ist, der ihn besitzt, und seinen jeweiligen Wert in der Regel erhält durch die Gesamtbevölkerung des Gemeinwesens, so ist der volle Bezug der Grundrente ein Gebot der Gerechtigkeit sowohl als der Klugheit. Die Grundsteuer in der Höhe der Grundrente ist zugleich am besten und billigsten einzuziehen. Der Wert des Bodens läßt sich leicht bestimmen und ist nicht zu verbergen. Durch die Erhebung der Grundrente zu Handen des Volkes statt des Kapitals wird Grund und Boden jedem, der ihn bearbeiten will, gleich zugänglich gemacht, er wird also auch viel ertragreicher gemacht werden. Es ist offenkundige Tatsache, daß öffentliche Auflagen auf Grund und Boden dessen Ertrag nicht verminderten, wohl aber den Verkaufswert beeinflussten. In der Stadt Bern wurden durch Reglement im Jahr 1837, als die öffentliche Gasbeleuchtung eingeführt wurde, die deshalb entstehenden Kosten dem im Beleuchtungsrayon befindlichen Grundbesitz auferlegt, weil man damals weder Vermögens- noch

Einkommenssteuer kannte. Obwohl Gas- und Wasserversorgung längst auf Rechnung der Gemeinde als Monopol betrieben wird, bezieht man diese Illuminationsanlage gleichwohl noch fort. Warum nicht mit eben so gutem Grund die übrigen Steuern für Straßen, Eisenbahnen, Schulen, Militär und andere Sachen auf diese Weise bezogen werden sollten, ist nicht ersichtlich. Weder die Mietzinse für Wohnungen, noch die Pachtzinse für Land würden deshalb teurer sein, sondern einzig der Gewinn der seitherigen Verkäufer von Grund und Boden wäre geringer gewesen und Grund und Boden hätten weniger mit Schuldern belastet werden können, wäre also dem Kapital weniger zinspflichtig geworden. Das Kapital würde also durch diese Maßregel viel sicherer und gerechter in Mittheilenschaft gezogen als auf jede andere Weise. Gegenwärtig ist der Preis der Grundstücke relativ niedrig, wenn derselbe nun wieder höher und höher steigt, wer steckt diese oft enorme Preisdifferenz in die Tasche als einzig der zufällige zeitweise Besitzer von Grund und Boden, während er der Gesamtheit des Volkes von Gottes- und Rechtswegen zukommen sollte. Es geht daraus klar hervor, daß, je genauer die wirkliche Grundrente nur für das Gemeinwesen, also für alle, erhoben wird, desto weniger übrig bleibt für die fluchbeladene Bodenspekulation, für den Tribut an das Kapital und den vornehmen Müßiggänger.

Auch die Gleichheit der Steuer ist einzig dadurch herbeizuführen. Indirekte Steuern fallen sehr ungleich auf die einzelnen Bürger, selbst wenn sie gleich arm oder gleich reich sind. Hat einer eine große Familie, so zahlt er viel, ist er einzig, so geht er dabei fast leer aus. Ebenso ungleich ist bei uns die Anwendung der direkten Steuern auf den einzelnen. Der eine ist mit der Erhaltung von sechs bis zehn Personen belastet, der andere hat nur für sich zu sorgen. Beide aber haben von ihrem Einkommen den gleichen Betrag zu entrichten. So lange man nicht mit Malthus das Auferziehen eines Menschen



als eine Schädigung des Staates betrachten und die Familiengründung als unveräußerliches Recht eines jeden arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen anerkennen will, so lange wird die Anlage unseres gegenwärtigen komplizierten Steuer Systems eine ungerechte sein. Selbstverständlich haben die Eltern für ihre Kinder zu sorgen, sie haben zu den Elternfreuden auch die Elternsorgen zu übernehmen. Aber wenn der eine nur von seiner Arbeit lebt und der andere nur von der Grundrente, die allem Volk gehört, so kann der erstere verlangen, daß man zuerst diese voll und ganz erhebe, ehe man seine Arbeit mit Abgaben beschwere. Der Wert von Grund und Boden erstet und steigt durch die Zunahme der Bevölkerung, er fällt und verschwindet mit Abnahme derselben. Daher ist die volle Erhebung der Grundrente zu Handen der Gemeinde und des Staates ein Gebot der Gerechtigkeit. Erst dadurch wird die wahre Gleichheit der Bürger hergestellt. Ein jeder erntet, was er seiner und seiner Eltern Arbeit, Fleiß und Verstand zu verdanken hat; das Kapital erhält nicht mehr, als was sein wirkliches Verdienst ist, während es jetzt Grund und Boden samt der Hälfte der darauf verwendeten Arbeit für sich einzig in Anspruch nimmt und den wirklichen Arbeiter darben läßt.

Die bedeutendsten Nationalökonomien wie Ricardo, John Stuart Mill, Quesnay, Turgot, Stamm, Flürscheim haben ausdrücklich, andere stillschweigend, die Grundrente als die beste und richtigste öffentliche Einnahmequelle anerkannt.

Wenn dagegen eingewendet wird, daß, wer politische Rechte ausübe, auch mitsteuern solle, damit er ein Interesse habe an häuslicher Staatsverwaltung, so ist zu erwidern, daß schon gegenwärtig die Hälfte unserer Stimmberechtigten direkt keine Steuern bezahlt, also daorts keine Interessen zu verteidigen hat oder sich derselben nicht bewußt ist.

Die Zahl derjenigen Stimmberechtigten ist deshalb wirklich auch sehr groß, welche sich in ihrer politischen Stimmabgabe nicht durch gewissenhafte Ermägungen des öffentlichen Wohles, sondern mehr durch Einflüsse direkter Magenpolitik und des Personenkultus niederster Art leiten

lassen. Wenn diese Sorte unserer Stimmberechtigten noch mehr zunimmt und einmal ihre Macht erkannt hat, dann wird und kann sie mit dem Stimmszettel in der Hand die volle Grundrente einfordern, ohne mehr an Ablösung derselben zu denken, wie es jetzt in Amerika und England von mächtigen Parteiführern mit Aussicht auf Erfolg angestrebt wird. Statt wie durch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik die Staats- und Gemeindeschulden immer größer werden und anerkanntermaßen der Mittelstand auch bei den Grundbesitzern immer mehr schwindet, würde durch die vorgeschlagene Einziehung der Grundrente die Anzahl der Besitzlosen sich rasch vermindern, die große Masse unserer Armen vermöchte sich aus dem Zustande der niedrigsten Armut zu erheben und die dem Staate gefährlichsten zwei Klassen, die ganz reichen und die ganz armen, würden schon einzig dadurch unschädlich gemacht. Die Liebe zum Vaterland wird nicht allein durch das Steuerzahlen geweckt und dokumentirt, sondern sie wird dadurch zum allgemeinen, alles durchströmenden, alle begeisternden Impuls und Gemeingut eines Volkes, wenn jedermann fühlt, daß er noch etwas zu verlieren hat, wenn die große Mehrzahl seiner Bürger ein trautes Heim hat und wenn die materielle Lage der Volksmasse nicht harte Entbehrungen als ihr tägliches Brod ansehen muß.

Wenn man nur eine Grundsteuer fordert, statt der gegenwärtigen Region von Steuern und Abgaben aller Art, so erscheint das auf den ersten Blick kühn und undurchführbar. Kühn mag es insofern sein, als diese Maßregel mit den jetzt geltenden Steuermaximen bricht. Die Grundsteuerschätzungen und die Grundsteuer kennen wir indessen schon, und wer die bisherigen Ausführungen vorurteilslos geprüft hat, wird anerkennen müssen, daß diese hier vorgeschlagene Art des Bezuges der Grundrente gerecht und weise ist, daß sie den Bauer befreit von der Schuldenlast und daß die ganze Staatsverwaltung einfacher gestaltet werden kann.

Man vergegenwärtige sich die Beseitigung aller sonstigen Auflagen und Steuern, welche auf Handel und

Gewerbe lähmend und beschwerend drücken, welchen Aufschwung müßte ein solches Land haben, das von diesen Plagen befreit wäre? Ist es nicht also, daß unsere Besteuerungsart auf Fleiß und Sparsamkeit wirkt, wie eine Buße auf unberechtigtes Tun? Wie mehr Güter einer produziert, desto mehr wird er bestraft.

VII. Das freie Land verstopft die Hauptquelle der Armut.

Die Lehre von Adam Smith, daß der Kapitalwert von Grund und Boden gleich zu achten sei dem in Handel und Industrie angelegten Kapital, ist in Theorie und Praxis längst als irrig erkannt worden, namentlich an den Wirkungen, welche diese kodifizierte Ansicht in Pfändungs- und Zwangsliquidationen zu Tage fördert. Hat doch einzig die Hypothekarkasse des Kantons Bern für ihre zirka 75 bis 80 Millionen hypothekarisch versicherter Schuldforderungen 3—4000 rechtliche Betreibungen im Jahr anzuheben. Nun betragen aber die eingeschriebenen Hypothekarschulden im Kanton Bern zirka vierhundert Millionen Franken und die Verwaltung der Hypothekarkasse ist noch dafür bekannt, daß sie sehr gute Zahlungsbedingungen hat und daß sie gegen säumige Zahler nicht sofort rigoros vorgeht. Man kann daher leicht annähernd berechnen, welche enormen Summen unsere Schuldenbauern jährlich nur für „Rechtskosten“ schwinden müssen.

Einen Hauptgrund der Verschuldung und des unrentablen Betriebes der Landwirtschaft bildet ferner die Erbteilung durch Kreirung hoch verzinslicher und sofort kündbarer Hypothekarschulden oder durch Zerstückung und Erwerbung weit abliegender Grundstücke, deren Bearbeitung großen Arbeits- und Materialverlust zur Folge hat. Die Ordnung des Ganzen bildet indessen die Hypothekargesetzgebung, welche, gestützt auf den persönlichen Grundbesitz, die Verpfändung von Grund und Boden samt den darauf stehenden Gebäuden zuläßt und damit auch den zwangsweisen

Verkauf des gesamten Eigentums des Besitzers in sich schließt.

Dieses bereits oben gekennzeichnete Merkmal des römischen Rechts wurde erst vor zirka dreihundert Jahren durch die Juristen bei uns eingebürgert. Den Gegensatz dazu bildet das alte deutsche und slavische Recht, nach welchem nicht Grund und Boden, sondern nur die Rente desselben für ein Jahr verpfändet werden konnte. Die Familie konnte also Schulden haben, aber nicht von ihrem Heim vertrieben werden. Bei Einzug der Grundrente durch die Gemeinde kommt der Wert des Bodens bei Erbteilungen nicht mehr in Betracht als etwa ein gutes Lehen, der Erblasser hinterläßt dafür in der Regel weniger Schulden und mehr Objekte, die sich besser zur Teilung eignen, und die Volkswohlfahrt leidet dadurch keinen Schaden mehr. Der geldbenötigte Grundbesitzer muß jetzt all sein Eigentum, seinen Arbeitslohn und seine Ehre einsetzen, der Hypothekargläubiger dagegen will nichts riskieren und fordert seinen Zins, in Fehljahren oft noch höhern als in guten Erntejahren. Unser Hypothekarrecht befördert die Vermehrung der Hypothekarschulden, wenn Grund und Boden im Kaufswert steigen, und erlaubt erhöhte Zinsforderung, wenn die Güterpreise sinken. Es schützt das Kapital, wenn sonst alles verloren geht. Das Großkapital hat sich somit einfach ein Monopol auf Grund und Boden erworben und nützt dasselbe unbarmherzig aus zum Schaden des ganzen Volkes. Das Hypothekarrecht ist die feinste und drückendste Form der Besteuerung; diesem Recht war es vorbehalten, die Person des Schuldners verschwinden zu lassen, die Schulden desselben aber, weil sie zugleich auch auf dem Lande haften, seinem Nachfolger aufzuladen, gleich als wenn die Schulden eines Beamten seinem Amtsnachfolger überbunden werden könnten.

Wenn sich aber als Tatsache ergibt, daß die Gesamtheit des Volkes durch eine Institution geschädigt wird, so hat das bisher geltende Recht einem als besser anerkannten Rechtsgrundsatz zu weichen, und das wäre hier der Fall.

Die gründliche Reform des öffentlichen Rechtes, nach welchem sich jetzt die Zuteilung der Güter dieser Erde vollzieht, ist absolutes Bedürfnis geworden, da es einerseits Vermögensansammlungen begünstigt, wie die Welt noch keine in der Hand einfacher Privaten je gekannt hat,* und anderseits die krasseste Armut förmlich gezüchtet wird.

Der Staat hat und benutzt das Recht sehr häufig, Privatgrundbesitz zu expropriiren und in seinen oder in den Besitz von Aktiengesellschaften übergehen zu lassen. Auf dem bisher schon beschrittenen Wege der Gesetzgebung kann und soll in unserm Lande auch diese heilsame, rettende Reform für unser Volk angebahnt und durchgeführt werden.

Wie sehr die Verschuldung des Bodens und damit die Verarmung des Volkes zunimmt, mögen folgende Angaben beweisen: Im Kanton Bern betrug 1867 die amtlich konstatierte Hypothekarschuld 250,063,293 Fr., die Zahl der Grundeigentümer war 66,840. Im Jahr 1887 waren es 70,635. Das Grundsteuerkapital betrug 1,008,491,730 Fr. und die Schulden darauf 392,406,520 Franken.

Dazu muß bemerkt werden, daß, weil in dem rohen Grundsteuerkapital die Gebäude inbegriffen sind, die Verschuldung von Grund und Boden sich noch viel completer herausstellt, als sie gewöhnlich angenommen wird; denn die Hypothekarschuld ist zuerst und bis zur vollen Höhe seines Wertes auf Grund und Boden versichert und erst der Rest bezieht sich auf die Gebäude. Der Grund bleibt, die Gebäude hingegen können beliebig vermehrt und vermindert werden, oder auch ganz verschwinden. Dem hat die Hypothekargesetzgebung in feiner Weise Rechnung getragen.

* Rothschild, Astor, Vanderbilt und andere, von denen jeder ein Vermögen besitzt, das den Wert der Grundsteuerschätzung des Kantons Bern mit zirka 600,000 Einwohnern weit übertrifft. Das Vermögen der Rothschilds wird gegenwärtig auf 9 Milliarden, das Astors auf 1500 Millionen, das der Vanderbills auf 1370 Millionen geschätzt.

Bern steht indessen in dieser Hinsicht nicht schlimmer da als die übrige Schweiz; hatte doch Zürich schon 1879 eine Hypothekarschuld von 583,817,607 Fr. und Basel-land im Jahr 1888 bei einem Schätzungswert seiner Immobilien von 132 Millionen Fr. eine versicherte Schuld von 60 Millionen Fr. darauf. Das Ausland, vor allem die Nachbarstaaten, kränken am gleichen Uebel. Deutsch-Oesterreich hatte 1885 eine Hypothekarschuld von 3270 Millionen Gulden bei einem Gesamtwert des realsteuerepflichtigen Besitzes von 6497 Millionen Gulden. Die Hypothekarschuld Deutschlands wurde schon 1882 auf 20 Milliarden und 1888 bereits auf 35 Milliarden berechnet. Diejenige Frankreichs wurde 1882 auf 16 Milliarden angegeben. Innerhalb eines Jahrzehnts ist in letzterem Lande die Zahl der Kleinbauern von 8 auf 6 Millionen gesunken. Um diese zwei Millionen ist das ländliche und städtische Proletariat vermehrt worden.

Es sind das beredte Zahlen, die noch vielfach vermehrt werden könnten. Zu den auf Grund und Boden eingeschriebenen Schulden kommen noch eine große Menge solcher, die nur auf Bürgschaft und dergleichen beruhen, aber doch mit Rücksicht auf den Grundbesitz negotiert wurden, also auch von seiner Rente verzinst sein wollen. Wie wir nun schon oben nachgewiesen und wie es Tausenden unserer Mitbürger bekannt sein mag, ist es der Zins, welcher am Mark des Volkes nagt und den schaffenden Menschen dem müßigen Geldprogen unterordnet. Um der wahren Arbeit zu ihrem Lohn zu verhelfen, muß der Lohn der Untätigkeit tatsächlich umgeschaffen werden in den Lohn der Arbeit. Grundbesitz ist der Grund allen Besitzes und die zinsbare Grundschuld ist daher auch der Grund aller Schuld, denn der Urquell aller Werte ist einzig Grund und Boden. Durch die ins Unendliche anwachsenden Grundschulden entsteht hauptsächlich die Massenarmut des Volkes. Den bessern Teil seines Arbeitsertrages muß es hergeben als Zins tribut, in Form von Hypothekenzins, von Steuern zur Verzinsung der Staats- und Gemeindschulden, der Eisenbahnschulden oder endlich in Form von Pacht- und

Mietzinsen, so daß ihm immer weniger bleibt zum Ankauf der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Die Lebenshaltung verschlechtert sich, man hilft sich mit minderwertigen Nahrungsmitteln und Surrogaten. Die großen Zinsherrn können aber ihr immer größer werdendes Einkommen immer weniger verbrauchen, sonst wäre wenigstens genug Arbeitsgelegenheit vorhanden. Denn, abgesehen von der offensibaren Ungerechtigkeit, daß einige Familien von den Gütern dieser Erde für sich mehr verbrauchen dürfen als die ganze übrige Bevölkerung eines großen Landes, würden der Handwerker und der Industrielle gerne viel mehr produziren, wenn nur viel mehr verkauft werden könnte, und die Masse des Volkes würde nur zu gerne viel mehr konsumiren, wenn es ihr durch das Arbeitserträgnis möglich gemacht wäre. Einzig aus der Schweiz beziehen zum Beispiel einige französische, englische, holländische und in letzter Zeit namentlich deutsche Banquiers als Hypothekenzins, Aktiendividende und in Coupons der Staats- und Gemeindefschuldcheine über hundert Millionen Franken jährlich, wovon dieselben vielleicht zwanzig Millionen konsumtiv für sich verbrauchen, die anderen Millionen aber wieder als zinstragende Anlagen verwenden. Auf diese Weise wird das Tributverhältniß von Jahr zu Jahr schlimmer, denn diese Herren Banquiers sind nicht die einzigen Großkapitalisten, welche auf diese Weise das Leben des Volkes beeinträchtigen. Das oben bezeichnete Einkommen auswärtiger Gläubiger wird zudem meist noch steuerfrei bezogen. Kann doch gegenwärtig der Kanton Bern von vierzig Millionen allda unterpfändlich versichertem Kapital keine Staatssteuern beziehen und diese Kategorie Hypothekarschulden nimmt Jahr um Jahr in erschreckender Weise zu. Wenn solche Summen jährlich als Tribut dem Lande beinahe abgabefrei entzogen werden, wer will sich dann noch wundern über die zunehmende Verarmung der ökonomisch Kleinen und der ganz Kleinen. Diese Tatsachen wären dem Studium der schweizerischen Staatsmänner sehr zu empfehlen, und wenn es nur wäre, um diesen Millionen ebenfalls die Wohlthat der Steuerschraube in vollem Maße angedeihen zu lassen.

Wenn man nun bedenkt, daß unser Volk für hundert Millionen Franken Produkte auf dem Weltmarkt verkaufen mußte, nur um jener Zinspflicht genügen zu können, während die paar Bezüger derselben nur für zwanzig Millionen als Käufer austraten, so ist doch klar, daß sich folchergehalt die Besitzverhältnisse immer mehr zu Ungunsten der Volksmasse verschieben müssen. Es ist ferner klar, daß das so auf dem Weltmarkt erlöste Geld vom Volk nicht für seine noch so notwendigen Bedürfnisse verwendet werden kann und daß infolge dessen Mangel an lohnender Arbeit für alle entstehen muß, so daß man dann von Ueberproduktion und Ueberfluß von Gütern sprechen kann, an denen just die Mehrzahl unserer Mitbürger empfindlichen Mangel leiden.

Wir haben also in unserer Zeit eine gegen frühere Zeiten ganz abnorme Erscheinung, nämlich den Mangel und das Elend des Volkes wegen Ueberfluß der benötigten Güter! Diesem stetig sich steigenden Volkselend kann nur durch erhöhte Kaufkraft der Volksmassen geholfen werden und diese Kaufkraft kann nur gehoben werden durch einen größeren Anteil des Arbeiters an seinem Arbeitserzeugnis. Ein Franken mehr Arbeitslohn für den Tag und die erwerbende Person würde einzig schon bewirken, daß nur in der Schweiz für vierhundert Millionen Franken mehr Produkte konsumiert werden könnten, und damit einzig wäre schon manche Frage gelöst, welche dato unsere fürsichtigen und weisen Berater der Landesinteressen beschäftigen und angeblich die frühzeitig kahlen Schädel derselben hervorzaubert. Denn wohlgemerkt, diese vierhundert Millionen Franken kämen hauptsächlich den jetzt entbehrenden Mitbürgern zu gut. Welch herrliche Perspektive!

Nun wäre es aber irrtümlich, zu glauben, daß zum Beispiel die Fabrikanten, Unternehmer, Bauern und Handwerksmeister nur von sich aus jedenfalls schon mehr Lohn geben könnten, wenn sie nur wollten, sondern sie sind meist auch in einer Zwangslage, der sie sich selten ganz entziehen können, es ist die so oft gepriesene und so oft schon geschmähte Konkurrenz, mit der sie rechnen müssen.

Um dieselbe aus dem Felde zu schlagen, entstehen jene berüchtigten Vereinbarungen (sogenannten Ringe oder Trusts) zwischen geldmächtigen Kapitalisten und Fabrikanten, wodurch das Volk noch gründlicher als sonst gebrandschakt wird durch willkürliche Preisansätze für Kupfer, Petroleum, Zucker, Kaffee, Eisenbahntarife zc. Ein höherer Geldlohn für die Arbeiter würde übrigens für sich allein die bezeichnete Wirkung noch nicht haben, da vielleicht dadurch eine Verteuerung mancher Erzeugnisse herbeigeführt würde, sondern nur ein wirkliches Mehr betreffend des Arbeiters an der produzierten Wertmenge, sei dieselbe groß oder klein, kann von jenen so wohlthätigen Folgen begleitet sein.

Da durch Belehnung von Grund und Boden Grundrente erlangt werden kann, also etwas, das mehr als nur Arbeitsertragnis ist, so wird auch Zins verlangt für Darlehen von Kapital, und zwar um so mehr Zins, je weniger sicher jede andere Kapitalanlage ist. Erst wenn also die Grundrente zu Händen der Gemeinde und des Staates bezogen wird, kann der bisherige „landesübliche Zins“ von selbst auf ein solches Minimum herabsinken, daß die großen Vermögen für das Volk nicht mehr gefährlich sind, weil sie sich nicht einmal mehr ohne Arbeit erhalten lassen, geschweige denn ohne dieselbe vergrößern können. Das Einkommen des gesamten Volkes wird sich nach und nach um die Summe dieses kolossalen Zinsbeitrags vermehren und der Arbeit wird ihr voller Ertrag damit zu teil. Selbst der nichtverschuldete Bauer, wenn er nicht allzu viel Land sein eigen nennt, wird dabei gewinnen, denn die Grundrente wird ihre ergibigste Quelle in städtischen Bezirken finden, wo der Bodenwert in wenigen Jahren oft enorm gesteigert wird, die übrigen Vermögens- und Wertobjekte sich dort aber viel besser der öffentlichen Kontrolle entziehen können als diejenigen des Landmannes.

Um das Grundübel zu heilen und den Weg zum freien Land zu bahnen, muß daher die bisherige, auf dem römischen Rechte fußende Hypothekengesetzgebung

aufgehoben und der Grundrentenbezug eingelöst werden zu Handen der Gemeinde und des Staates. Damit wäre die Art an die Wurzel der Armut gelegt.

VIII. Wegweiser zum freien Land.

Wenn der Grundsatz als richtig anerkannt werden muß, daß Grund und Boden Eigentum der Gemeinde und nicht der Privaten sein soll, so ist vor allem die Frage zu beantworten: Wie kann dieser Grundsatz in unserm Lande praktisch verwirklicht werden?

Die Ausführung der Landbesitzreform kann nun sehr verschieden ins Werk gesetzt werden:

1. Die eine Methode würde darin bestehen, a) daß alle Hypothekarschulden bis zur vollen Höhe der Grundsteuerschätzungen auf Rechnung der Gemeinden vom Staate übernommen und eine fernere private Kapitalbeleihnung des Landes nicht mehr zulässig wäre; b) daß ferner bei allen wirklichen Käufen der Staat auf Rechnung der Gemeinden zum stipulirten Kaufpreis das Zugrecht ausüben könnte, und c) Vornahme einer genauen Katasterschätzung, nach welcher der Staat zu Handen der Gemeinden jeder Zeit das Grundstück erwerben kann, wobei indessen jeüther stattgefundenen Verbesserungen des Bodens extra vergütet, eine selbst herbeigeführte Verschlechterung desselben hingegen in Abzug gebracht würde. Dieser Weg führt etwas langsam, aber sicher auch zum Ziele.

2. Nach der andern Methode würde der Staat unter Mitwirkung und auf Rechnung der Gemeinde die Grundrente, sagen wir die dem Werte derselben entsprechende Grundsteuer, von dem gegenwärtigen Besitzer einlösen.

Der Wert dieser Grundsteuer wird gefunden, indem dieselbe entsprechend der stattgefundenen, genauen Katasterschätzung und dem Pachtwert des Grundstücks bestimmt wird, wobei die Gebäude, die Obstbäume und der Wald, aber nicht der Waldboden, in billigen Abzug gebracht

werden, da dies alles Eigentum des Besitzers bleibt, ohne Steuerrechnung dafür. Die Instandhaltung dieser Sachen ist aber gesetzlich vorzuschreiben, wie das schon jetzt teilweise geschieht durch Baureglements, Forstgesetze etc. Der fünfzehn- bis höchstens zwanzigfache Betrag des so ermittelten Grundrentenwertes würde die Höhe der Entschädigungssumme für den zukünftigen vollen Grundrenten- oder Grundsteuerbezug ausmachen, analog der vor Jahren stattgefundenen Ablösung der Zehnten, Bodenzinse und anderer Gerechtsame in Bern und anderswo.

Bekanntlich sind seit 1875 bei Zwangseliquidationen durchschnittlich 20 % des Hypothekenskapitals verloren gegangen, so daß, darauf gestützt, hochangesehene, praktisch tätige Landwirte und volkswirtschaftliche Schriftsteller in Deutschland und Oesterreich die Forderung als berechtigt erklären, von jeder Hypothekenschuld 20 % durchzustreichen, um den geplagten Schuldenbauern Erleichterung zu verschaffen. Ein Hypothekartitel, der seit fünf und zwanzig Jahren landesüblich verzinst wurde, ist eigentlich nach molaïschen und nationalökonomischen Gesetzen als zur Hälfte bezahlt anzusehen, denn jeder andere Wertgegenstand erfordert zu seiner Erhaltung Arbeit und ist gleichwohl noch mit Verlust bedroht.

Immerhin kann die Gemeinde unter Regide des Staates oben skizzierte Abfindungssumme bezahlen und soll sie bezahlen, sie wird ihre gute Rechnung dabei dennoch finden.

Die Abfindungssumme würde bezahlt in 3 oder $3\frac{1}{2}$ % Staatsschuldsscheinen, welche vom Staate zu jeder Zeit zur Rückzahlung gekündet werden können. Ein ganz gleiches Verfahren hat der Kanton Bern vor wenigen Jahren praktiziert, als er die, teilweise seit Jahrhunderten bestehenden Wirtschaftskonzessionen loskaufte, um alle Wirtschaften mit der dem Gesetz entsprechenden vollen Patentgebühr belasten zu können. So hat auch Preußen, um von allem Land die gleiche Grundsteuer erheben zu können, seinerzeit die steuerfreien Grundeigentümer in solcher Weise abgefunden. Das hier vorgeschlagene Verfahren ist also weder neu noch ungerecht, sondern bereits hochobrigkeitlich approbiert.

Dieſe Methode iſt einfach und läßt ſich ohne viel Umſtände unſeren Verhältniſſen anpaſſen. Sie führt überdieß ſehr raſch die ſegensreichen Folgen für unſer Volk herbei, deren daſſelbe ſo ſehr bedürftig iſt.

Die Grundpfandbücher ſind dann geſchloſſen, die Hypothekargläubiger ſind verſchwunden und an der ſteigenden Grundrente haben alle Mitbürger gleichen Anteil, was dato von den zu bezahlenden Hypothekenzinſen kaum geſagt werden kann.

Eine dritte Methode beſteht ſchließlich darin, daß ohne jegliche Vergütung, auf dem Wege der Geſetzgebung, alle Auflagen und Steuern, welche zu öffentlichen Zwecken und Werken nötig ſind, nur von den Grundbeſitzern eingefordert und bezahlt werden müſſen. Noch vor hundert Jahren hatte dieſer Grundſatz in ganz Europa ziemlich allgemeine Geltung und er iſt gegenwärtig in Austraſien (Sidney und anderen Orten) neuerdings eingeführt worden. Daß die nicht Grund und Boden beſitzenden Bürger jener Städte und Landſchaften ſchon dafür ſorgen werden, daß auf dieſem Wege nach und nach die volle Grundrente erhoben wird, daran iſt nicht zu zweifeln. Zu befürchten iſt ebenſowenig, daß dadurch die Miet- und Pachtzinſe unnatürlich in die Höhe getrieben würden. Dieſelben richten ſich ſchon jetzt nicht nach dem bezahlten Baupreis der Häuſer oder Kaufpreis des Bodens, ſondern ziemlich genau wird einfach ſo viel geſordert, als zur Zeit überhaupt erhältlich iſt. Es iſt daher einzig das Kapital, welches dadurch in Mitleidenſchaft gezogen wird, da es genau um ſo viel weniger Zins beziehen kann, als von der Grundrente zu öffentlichen Zwecken in erſter Linie bereits bezogen wird.

Wenn man nach der erſten oder zweiten hier oben angegebenen Methode vorgeht (die dritte Methode koſtet das Volk gar nichts), ſo entſteht weder für die Gemeinde noch für den Staat eine uns mit Vorliebe ſtets an die Wand gemalte Finanzkalamität, weil das Geld nicht beſchafft zu werden braucht, ſondern durch gut fundirte Staatſchuldſcheine der Ausgleich ſtattfindet. Dem Volke erwächſt ſchon dadurch ein großer direkter Nutzen, indem

das ganze grundpfändlich versicherte Grundkapital, nur im Kanton Bern 400 Millionen Franken betragend, statt zu 4 bis 5 %, nur noch zu 3 bis $3\frac{1}{2}$ % verzinst zu werden braucht, was für Bern einzig schon zirka 4 Millionen Franken Erleichterung des mit Schulden belasteten Volkes bedeutet. Es fielen ferner dahin die meisten diesbezüglichen bisherigen Betreibungskosten für durchschnittlich jährlich 15,000 angehobene Betreibungen im Kanton Bern, analog den Erfahrungen der Hypothekarkasse berechnet. Gewiß eine respektable Summe ausmachend, wobei indessen der durch dieselben verursachte Kummer und Aerger nicht mit in Anschlag gebracht ist. Es kommt ferner namentlich in Betracht, daß die bisherigen Bezüger der Grundrente dafür nun eine fixirte Schuldforderung in Händen haben mit fixirtem Zins, der niemals erhöht werden kann, während die Wertsteigerung von Grund und Boden nun der Gemeinde und dem Staate, das heißt allem Volke zukömmt, was namentlich in städtischen Gemeinwesen nachweisbar in wenigen Jahren oft viele Millionen ausmacht. So wurde im Kanton Bern bei der letzten Hauptrevision der Grundsteuerschätzung im Jahre 1875 ein Mehrwert herausgefunden gegenüber der vor zehn Jahren erfolgten Schätzung, der im alten Kantonsteil 176 Millionen und im neuen Kantonsteil 104 Millionen Franken, also zusammen 280 Millionen Franken betrug. Im Kanton Zürich ergab die Totalrevision, welche 1888 vorgenommen wurde, eine Vermehrung des Grundsteuerkapitals gegenüber der letzten Schätzung um 63 964 800 Fr. Es betrug damals 851 716,900 Fr. und beträgt jetzt 915 681,700 Fr. Freilich kommt ein großer Teil dieses Mehrwertes auf neuerrstellte Gebäude, aber eben dadurch erhält Grund und Boden auch erhöhten Wert.

Der Kredit eines so gestellten Gemeinwesens würde sich sofort bedeutend heben, da man dann wissen muß, daß demselben nun stets große unversiegbliche Einnahmequellen zufließen werden. Daß einmal gegebene Beispiel würde gewiß bald mit Naturnotwendigkeit Völker und Führer zur Nachahmung veranlassen.

Es würde daher nicht lange dauern, so könnte die

Konversion der $3\frac{1}{2}\%$ = Staatsschuldsscheine in $2\frac{1}{2}\%$ oige vorgenommen werden, da denselben eine Sicherheit durch den Grundsteuerwert geboten wäre, wie ihn selbst die Bank of England nicht bieten kann, welche doch erst in letzter Zeit die Konversion der großen englischen Staatsschuld zu $2\frac{1}{2}\%$ oiger Verzinsung durchgeführt hat.

Es ist bei einer solchen Konversion alsdann nicht zu befürchten, daß das Kapital davon sich fern halten werde, denn die nur halbwegs sichern Anlagepapiere sind heute schon alle in festen Händen und nur die stets sich mehrenden Staats-, Gemeinde- und Privatschulden, sowie die Wertsteigerung von Grund und Boden gewähren demselben die Möglichkeit steter Ausdehnung seines sichern Zinsbezugrechtes auf Kosten des arbeitenden Volkes. Durch die in etwas bereits oben angegebene Weise nach und nach riesig sich vermehrenden Einnahmen des Gemeinwesens können die Staatsschuldsscheine dann verhältnismäßig rasch zurückbezahlt werden, wodurch die noch bestehende Zinslast ebenso rasch reduziert wird. Staat und Gemeinde können dann für Erziehung, Kunst und Wissenschaft, für Verkehrsmittel, Straßen und Herabsetzung der Eisenbahntagen, für Unfall-, Krankheits- und Altersversicherung mit Leichtigkeit jetzt unerschwingliche Summen verwenden, wodurch allein schon die gegenwärtig brennend gewordene „Armenfrage“ sich von selbst reduzieren wird auf eine Versorgung der dadurch noch nicht erreichten Arbeitsunfähigen und der unverbesserlichen Taugenichtse. Weil alsdann das Kapital sich nur der Arbeit selbst zuwenden kann, wenn es noch einige Vergütung für seine Dienstleistung erhalten will; weil ferner von den Zinsen allein in nennenswerter Zahl nicht mehr gelebt werden kann, sondern wer nicht mehr arbeiten mag oder kann eben von seinem Kapital leben muß (statt jetzt nur von Zine), daselbe also wieder konsumtiv im Welmarkt auftritt, so müssen die Löhne steigen, umsomehr, da der Volkskonsum in Wohnungen, Kleidern und Nahrungsmitteln viel größer geworden, also auch viel mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden ist.

Wenn eingewendet wird, das Großkapital werde sich wie schon heute der Produktion bemächtigen und nach wie

vor den Arbeitsmarkt beherrschen, so glauben wir bereits erklärt zu haben, wie das Kapital nur in Verbindung mit dem Privatbesitz- und Privatbelehnungsrecht von Grund und Boden seine der Volkswohlfahrt verderbliche Macht entwickeln und behalten kann. Daß mit dem Entzug dieses Monopols die Grundlage der Kapitalherrschaft zerstört wird, ist ebenso sicher, als daß die Vertreter derselben und ihr Trabantenheer sich grimmig gegen jeden solchen Versuch stemmen werden.

Diese Rechtsfrage ist eben zugleich auch eine Machtfrage in volkswirtschaftlicher und politischer Beziehung.

IX. Schlußwort.

Durch gewohnheitsmäßige Duldung von Ungerechtigkeit verdirbt der Gerechtigkeitsfinn. Eine größere, länger andauernde Ungerechtigkeit hat es nun nicht wohl gegeben, als die Monopolisirung von Grund und Boden zu Gunsten einzelner sich uns darstellt, das naturgemäße Eigentum an Dingen, welche der Mensch durch seine Arbeit hervorbrachte, verleitete dazu, auch den Grund und Boden, den man bearbeitete, als sein Eigentum zu betrachten, was so lange kein Schaden war, als jeder leicht sich solchen ebenfalls aneignen konnte. So bald aber in einem Land die Bevölkerung zahlreich und die Erwerbsverhältnisse komplizierter werden, so macht sich dieses Unrecht geltend durch die großen Nachteile, welche der eine Bürger gegenüber dem andern von Beginn seines Lebens an erleiden muß. Diese Ungerechtigkeit beseitigen, heißt die Massenarmut abschaffen, sowie die Macht des Reichtums und der Habgucht mitsam beschränken. Entfernen wir diese Quelle des Lasters und des Elendes, so wird die Freiheit des Volkes ferner kein leerer Wahn mehr sein. Republik oder Monarchie! überall, wo das gleiche Recht aller am Grund und Boden verweigert wird, besteht die Freiheit für den Unbemittelten schließlich nur noch darin, seinen Lebensgefühlen durch Konkurrenz die Hungerlöhne streitig zu machen.

Wer da glaubt durch Abschaffung der Ständevorrechte

und durch Ertheilung des allgemeinen Stimmrechtes sei der Freiheit Genüge getan, hat das Wesen der wahren Freiheit noch nicht begriffen. Jeder Bürger muß den Naturgaben der Erde seines Landes gegenüber auf gleichen Fuß mit seinen Gemeindegengenossen gestellt sein, sonst wird unsere politische Freiheit zum Moloch, der seine eigenen Kinder dem Verderben überliefert. Die Vortheile, welche eine dichte Bevölkerung, Erfindungen und Wissenschaft in materieller und geistiger Beziehung gewähren, werden nur den besser situirten Bürgern zu teil, während die große Masse des Volkes die Zivilisation einen Fluch nennt, weil sie in weniger bevölkerten Gegenden ein viel menschenwürdigeres Dasein fristen kann, kraft des ihr ungeschmälert zukommenden Lohnes der Arbeit. Die Masse des Volkes wird dazu gezwungen, ihre körperliche und geistige Kraft nur auf die Erwerbung des kargen täglichen Brotes zu verwenden, während anderseits der Nutzen, der aus dieser angestrengten Arbeit und Entbehrung der benachteiligten Bürger resultirt, samt der eigenen geistigen Fähigkeit dazu verwendet wird, das ungerechte System noch zu ergänzen durch Fallstricke der Gesetzgebung, durch eine Krebsartig sich entwickelnde Bureaucratie und eine Staatsschulmeisterei in großen und kleinen Dingen. Die in solcher Weise herrschenden und beherrschten Klassen des Volkes geraten einerseits in immer größern Reichthum, größern Luxus und Genußsucht, anderseits in immer größere Abhängigkeit, politische Gleichgültigkeit oder Feilheit und in die trasseste Armut. Solchergestalt wird der geistige und materielle Unterschied der Bürger eines Volkes immer größer in Lebensauffassung und Lebensführung.

Wenn man so die Tagesliteratur durchgeht, so begegnet man einem großen Dünkel in Bezug auf den Fortschritt der Zivilisation unserer Zeit, und wer wollte denselben leugnen? Was indessen nachweisbar frühere Kulturepochen vernichtete, macht sich mehr und mehr auch in unserer Zeit bemerklich. Die Löhne in den fabrikmäßig betriebenen Gewerben werden mehr und mehr zu Hungerlöhnen, wobei es dem Familienvater unmöglich ist, für die alten Tage etwas zu erübrigen; nun, er sinkt

dafür frühzeitig ins Grab und seine Kinder kommen ja auf den Notarmenstat. Die Reichen vermehren ihren Reichtum ins unendliche, der Mittelstand verschwindet und der Arme wird noch ärmer.

Man vergesse aber nicht, daß die äußerste Armut eine Hölle ist, deren Rachen immer gefräßiger in Staat und Gemeinde um sich greift. Armut heißt nicht nur Entbehrung, sondern Schande und Verachtung tragen ohne Unterlaß. Im Hinblick auf liebe Angehörige ist es begreiflich, daß jeder, der nicht in Armut bereits geboren und verkommen ist, sein möglichstes tut, um sich und die Seinigen vor dieser Hölle zu bewahren. Es wird aber immer schwerer, in die Höhe zu kommen, immer heftiger und rücksichtsloser wird um die wenigen noch freien Erwerbsquellen gekämpft, denn ein Erwerbsgebiet um das andere wird vom Großkapital monopolisiert und der freien Tätigkeit des einzelnen entzogen. Man kennt nicht mehr ein Arbeiter- sondern auch ein Gelehrtenproletariat, das sich den nötigen Erwerb freitig macht. Nichts ist nun aber so geeignet, den Menschen vor Versuchung und Sünde zu bewahren, als die Sicherheit, durch Arbeit stets ein ehrliches Auskommen zu finden. Daß die Erde genügend Raum und Unterhaltungsmittel für alle Menschen bietet, kann nicht bestritten werden, daß diese Unterhaltungsmittel durch Arbeit allen zugänglich sein sollen, ist das natürlichste Recht eines jeden Menschen. Daß nun drittens die Hindernisse, welche dieses Recht illusorisch machen, beseitigt werden können durch die Bodenbesitzreform ohne Ersütterung der gegenwärtigen staatlichen Gesellschaftsform ist sicher und gewiß, ob auch notwendig? Wer wollte das verneinen als etwa satte und hartherzige Menschen. Der Schöpfer überhäuft uns ja mit seinen Gaben, die für alle genügen, und wir vermehren durch die von der Habgucht diktierten, staatlich sanktionierten Einrichtungen und Gepflogenheiten einer großen Menge unserer Mitmenschen, derselben sich erfreuen zu können. So lange wir einem solchen Unrecht gegenüber die Hände in den Schoß legen, sollten wir auch nicht Gott um Abhülfe anrufen dürfen.

Viele Menschen können sich freilich gar nicht denken, daß die Menschheit eine andere Form annehmen könne als in der sie sich gegenwärtig präsentiert, und doch muß allgemein zugegeben werden, daß diese Form in materieller sowohl als in moralischer Hinsicht der Verbesserung in hohem Grade bedürftig und fähig ist. Es ist doch natürlich, daß jeder Hungerige rasch zugreift, so lange er nicht sicher ist, daß jeder so wie so genug zu essen bekommt. Die Menschen sind hauptsächlich deshalb habüchtig und auf Reichtum erpicht, weil sie wissen, daß viele von ihnen der größten Armut anheimfallen müssen.

Wenn diese Furcht wegfiel, so wäre damit für die geistige und sittliche Entwicklung der Menschheit unendlich viel gewonnen. Es würden die edleren Triebe, Regungen und Kräfte, deren der Mensch in so hohem Maße fähig ist, sich mächtig und wunderbar entfalten und zu den herrlichsten Taten der Nächstenliebe, Vaterlandsliebe und wahrer, tief empfundener Anbetung des allmächtigen Schöpfers sich erheben. Es ist dies keine bloße Gefühlsduselei, sondern kann in den Blättern der Geschichte nachgewiesen werden; wir erinnern nur an die erste Christengemeinde, an die Gründungszeit der schweizerischen Eidgenossenschaft, sowie daran, daß durchschnittlich nur der in materieller Freiheit arbeitende, von unmittelbaren Nahrungsorgen nicht gequälte Mensch sich in seinem Tun und Lassen als Ebenbild Gottes erweisen wird.

Wer einmal die vom Fluch der Armut erlösende Wahrheit in diesen Dingen erkannt hat, der wird nicht mehr ermangeln, auch andere mit den Grundzügen der Bodenbesitzreform bekannt zu machen, und so hoffen wir, daß in nicht ferner Zeit der Ruf nach Anbahnung derselben selbst in den Ratskälen unseres Landes nicht mehr ignoriert werden kann. Durch freien Beschluß des Großen Rates oder durch die direkte Volksinitiative kann in der Schweiz auf dem Wege des Gesetzes Kanton um Kanton oder durch die ganze Schweiz dafür gewonnen werden.

Möge es der Schweiz, und namentlich dem Kanton Bern, vergönnt sein, auf wahrhaft demokratischer Grundlage eine praktische, glückliche Lösung der alle zivilisierten

Völker beschäftigenden sozialen Frage zuerst herbeigeführt zu haben.

Leicht wird der Weg zwar nicht sein, denn gar zu viel Selbstsucht und Eigennutz wird dadurch beschnitten. Die Macht der einfachen Wahrheit und der Armut und das Elend der Volksmassen wird früher oder später dennoch denselben herbeiführen, weil kein besserer Ausweg zu finden sein wird. Wohin unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung führt, gewahrt man mit Schrecken und der frühere Glaube, daß eine gut republikanische Verfassung an sich schon eine Quelle des Wohlstandes für alle sei, ist verschwunden. Ein allgemeines deprimirendes Gefühl der Enttäuschung und der Bitterkeit bezüglich der öffentlichen Zustände beherrscht die Volksmassen und läßt das Fliedewert der Gesetzgebung nebst den Wahlen widerwillig über sich ergehen, weil sie das Gefühl haben, daß alle damit bezweckten Verbesserungen doch nur den Besitzenden zu gut kommen.

Man wird daher gut tun, für die Volksgesetzgebung zukünftig noch etwas andere Bahnen einzuschlagen und vor allem das Erstgeburtsrecht des Volkes herzustellen am Grund und Boden, den es bewohnt, bebaut und verteidigt, den niemand beschaffen kann, aber alle benutzen müssen, weshalb denn auch die Vergütung und Benutzung desselben der Gesamtheit des Gemeindefwesens, und nicht dem einzelnen gehört. Wenn das Maß der darbenenden Menschheit voll geworden ist, wird die Stunde der Vergeltung schlagen.

Lasse man daher das leidige Parteigezänk ruhen und vereinige man sich in der Sorge für ökonomische Besserstellung der Kleinen, Geringen und ganz Besitzlosen unseres Volkes, so wird ein lohnender Erfolg nicht ausbleiben und wir werden in der Stunde der Gefahr sein: Ein einig Volk von Brüdern.

Das walle Gott!



Buchdruckerei Zent & Reinert.

Im Verlag von Schmid, Franke & Co., vorm. J. Dalsp'sche Buchh.
in Bern ist ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Schweizer Katechismus

oder

Kurzer Unterricht über Land, Volk u. Geschichte.

Vornehmlich aber über die

Neue Bundesverfassung und die Bundesgesetzgebung
der Schweiz.

Für Fortbildungsschulen und Rekrutenschulen, wie zum Selbstunterricht
zugleich als politisches Noth- und Hülfsbüchlein für das Schweizervolk
bearbeitet von

H. Erzinger.

2. billige Ausgabe mit einer Karte der Schweiz von H. Erzinger.

Preis cartonnirt Fr. 1. 50.

Kurz gefaßte

Vaterlandskunde.

Vorzugsweise zur Wiederholung für die bernische Jugend

verfaßt von

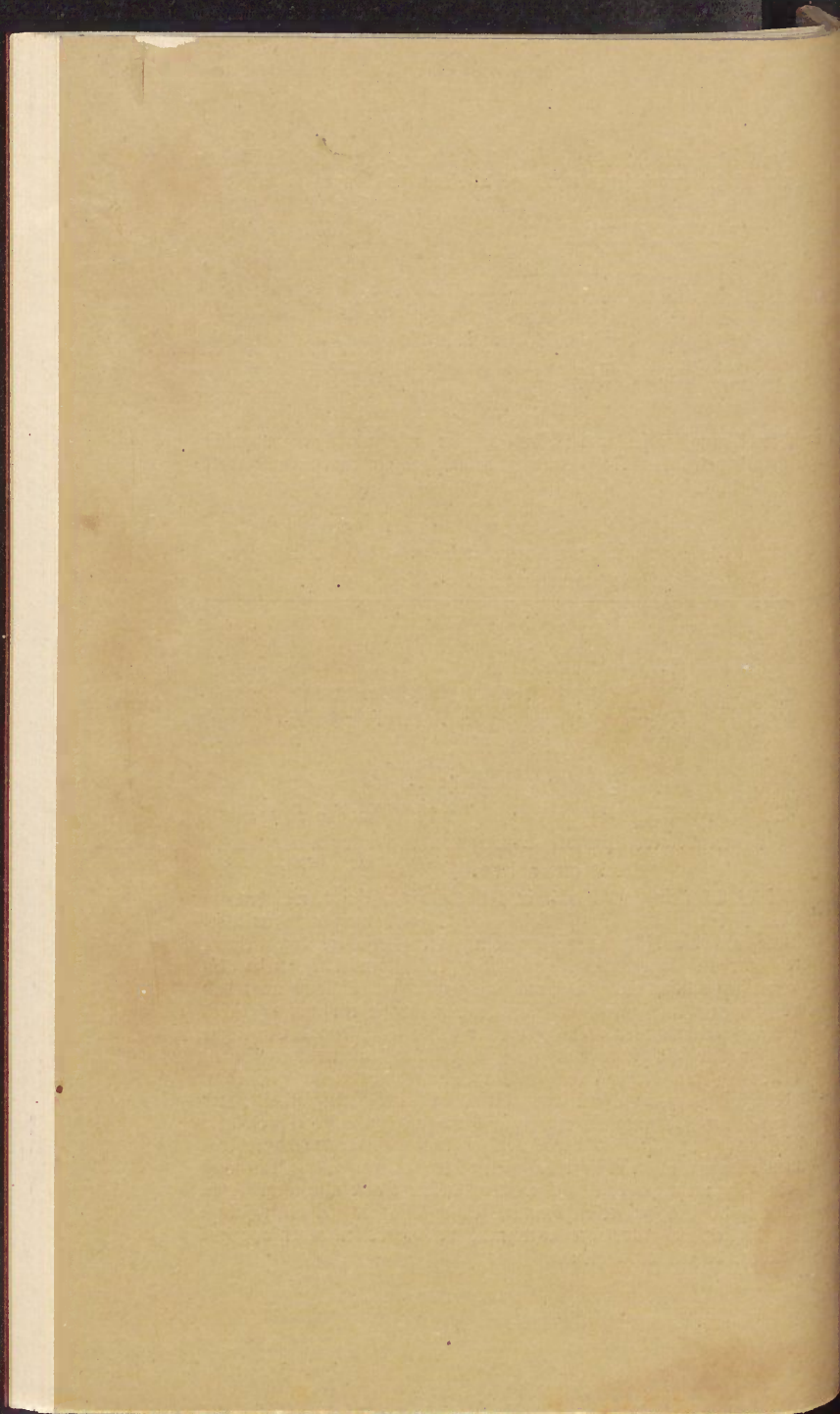
Wittwer, Lehrer.

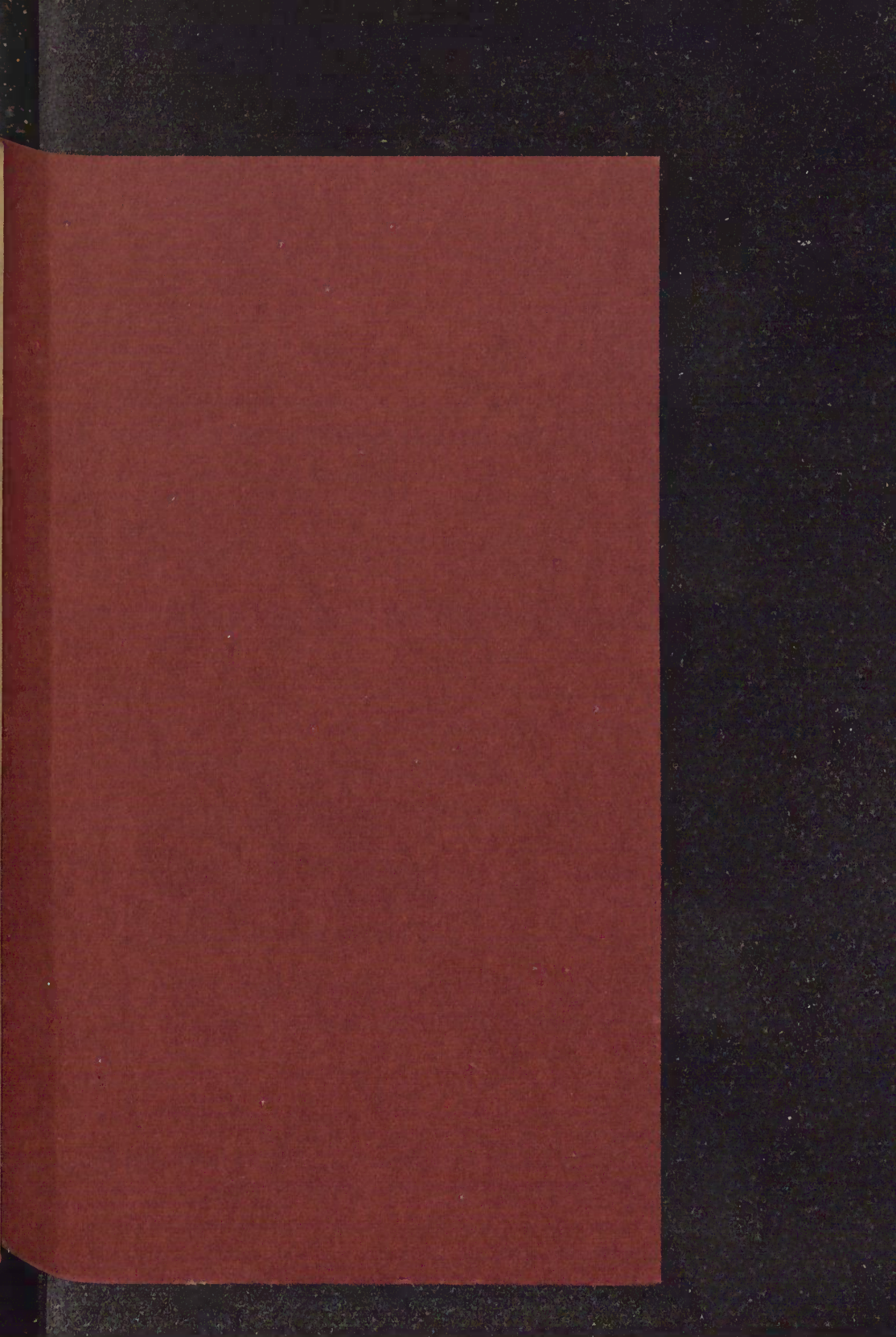
3. sorgfältig revidirte Auflage.

Mit einer Karte der Schweiz von H. Erzinger.

Preis cartonnirt 60 Cts.

Dieses Büchlein, das hiemit in III. Auflage erscheint, will den an-
gehenden Rekruten den Stoff bieten zur Wiederholung und zur Vor-
bereitung auf die Rekrutenprüfung hin. Der Verfasser, der mehrere
Jahre selber als Experte bei diesen Prüfungen mitgewirkt hat und also
die dahierigen Anforderungen kennt, ging von der Tatsache aus, daß
unsere jungen Leute meist zurückschrecken, wenn sie ein umfangreiches
Buch durchstudiren sollen. Daher gab er sich Mühe, das Wesentlichste
aus Geographie, Geschichte und Verfassungskunde auf wenigen Seiten
zu bieten. Jeder bloße Gedächtniskram wurde dabei ausgeschlossen.
Trotzdem dürfen wir sagen: Wer dieses Büchlein thätig studirt, wer
nicht veräumt, sich auch ein wenig in die demselben beigegebene Karte
zu vertiefen, der wird in der Vaterlandskunde ein bedeutend besseres
Ergebnis ablegen, als dies jetzt bei vielen der Fall ist. Der Preis muß
als ein sehr niedriger bezeichnet werden, da die Karte allein im Buch-
handel auf 30 Cts. zu stehen kommt. Unser Büchlein sei allen Jüng-
lingen, die es sich zur Ehre anrechnen, bei der Rekrutenprüfung gut
zu bestehen, bestens empfohlen.







206\$07959672